

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **RM. 1,80**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr** Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 67.

Mittwoch, den 20. März 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Was nun?

Wp. Die Chinarede des Reichskanzlers v. Bülow war diesmal sehr trübe. Auch diesem gemüthlichen Herrn scheint der Spatz schließlich denn doch bedenklich zu werden. Und allerdings sehen die Dinge in Ostasien gar nicht erbaulich aus.

Neulich schrieb selbst der „Ostasiatische Lloyd“, der zu einer Art deutschem Offiziosus an den Gewässern des Gelben Meeres geworden, jedenfalls ein für die Regierung voreingenommener Zeuge ist, daß die Aktion der Großmächte in China zu einem Nichts geworden sei. Er berichtet, daß selbst einsichtige, intelligente Chinesen im Verkehr mit Europäern die Meinung äußern, daß eigentlich die chinesischen Truppen — man höre! — unbesiegt seien! Man begreift aber sehr wohl diese, auf den ersten Blick überraschende Auffassung, wenn man selbst die amtlichen Berichte über die einzelnen Expeditionen liest. Zu einem regelrechten Kampf von irgend welcher Bedeutung mit den chinesischen Truppen ist es nirgends gekommen, die letzteren haben sich vielmehr stets zurückgezogen, ohne Widerstand zu leisten. Darauf verweist auch der „Ostasiatische Lloyd“. Die Helbenthaten, welche die europäische bewaffnete Macht auf den Dörfern und in den Tempeln von Peking verübt hatte, vermochten den chinesischen Kaufleuten keinen eigentlichen Unterschied zwischen einer europäischen Armee und einer tatarischen Räuberbande zu zeigen. Sie denken, wenn es aufs Nordbrennen ankomme, so seien die chinesischen Horden nicht minder tüchtig. Thatsache ist, daß die chinesische Armee nur nach europäischen Begriffen besetzt ist, aber nicht nach chinesischen. Und das giebt sehr viel zu denken! Die Militärs, die über „die feigen chinesischen Hunde“, die sich fortgesetzt retiriren, spotteten, mögen sich gefälligst an den Rückzug der Russen beim napoleonischen Feldzug erinnern. Die Chinesen wissen sehr gut, daß sie einer modernen Armee im offenen Felde keinen Widerstand leisten können, aber auch nicht minder gut, daß eine solche Armee Eisenbahnen oder wenigstens gute Straßen braucht, um sich fortzubewegen. Sie wissen, daß den größten Widerstand dem europäischen Vordringen ihr ungeheures, wegloses Land und ihre kolossale Zahl leisten. Darauf verlassen sie sich. Sie möchten die europäischen Truppen möglichst weit ins Land locken: wenn diese erst von ihrer Operationsbasis abgeschnitten sind und sich auf den endlosen Entfernungen zerpfücken, können sie leicht aufgerieben werden. Darum auch die, wie man sieht, durchaus berechnete Kunsttaktik (Zauberertaktik) Waldersees. Freilich, besser wäre es, man hätte sich von vorn herein keinen Illusionen hingegeben. Wenn man jetzt in den amtlichen Berichten liest, daß der vorchriftsmäßige Marsch in Reihen zu 5 Mann hat aufgegeben werden müssen und die Soldaten einzeln zu beiden Seiten des Wegs, d. h. im freien Gelände, haben marschieren müssen — man kann sich denken, was das für eine Ordnung gab — und sich daran erinnert, welche Vorbereitungen bei den Ausrüstungen der Truppen gemacht wurden, Ausrüstungen, bei denen das Abbesthaus Waldersees mit seinen zwei Berliner Schutzleuten als Thürsteher noch das geringste ist, an den endlosen Train, der die Truppen begleiten muß, wo ein einzelner Mensch sich kaum noch einen Weg zu bahnen vermag, da gehen Einem leise Zweifel darüber auf, ob nicht die Selbstzufriedenheit und Zuversicht, die in der Leitung der deutschen Armee seit 1871 besteht, zu einer formalistischen Verkünderung geführt habe, bei der die Einsicht in das bei gegebenen Verhältnisse militärisch Zweckmäßige flüchtig. Immerhin ist es ein wahres Glück für die verbündeten Armeen, daß Peking so nahe an der Küste ist. Wäre Peking so weit von der Grenze entfernt, wie in Rußland Moskau, so würde die europäische Aktion in China wohl noch ganz anderen Schwierigkeiten begegnen.

Peking erobern, die Regierung fortjagen, das war nicht schwer, — aber nun erst beginnt die eigentliche Arbeit. China pazifiziren, die aufgeworbelten Volksmassen wieder beruhigen, die Ordnung wieder herstellen, damit sich Handel und Verkehr entwickeln können, das ist das Problem. Da stehen aber die Docks der Diplomatie wie des Militarismus am Berge. Wie machen, da man sich nicht einmal in das Innere des Landes hinein ge-

traut! Am liebsten würde man diese saure Arbeit der chinesischen Regierung selbst überlassen. Man lockt sie zurück nach Peking. Ob sie kommen wird? Der „Ost-Asiatische Lloyd“, der es ja besser, als wir in Europa, wissen muß, hat darüber seine starken Zweifel. Er traut den Friedenspräliminarien nicht, traut keinen Versprechungen der chinesischen Regierung. Er erwartet noch einen zähen und langwierigen Widerstand. Als die Frage der Errichtung von Festungen für die europäischen Gesandtschaften in Peking aufkam, spottete die russische Presse: die europäische Diplomatie habe dabei eine Kleinigkeit außer Acht gelassen, nämlich daß unter jenen Bedingungen der chinesische Hof vielleicht überhaupt nach Peking nicht zurückkehren würde, was würden dann die Festungen in Peking nützen? Allerdings spielt dabei auch ein geheimer russischer Wunsch mit, denn, wenn in China eine neue Hauptstadt, ein neues administratives Centrum geschaffen wird, so wird Rußland desto leichter das freigewordene Peking, das durch eine Eisenbahn mit Moskau verbunden wird, in Besitz nehmen können.

Hier sei eingeschaltet, daß, wenn auch die großartige Art des Herrn v. Bülow, die Annektion der Mandchurei durch Rußland als irrelevante (unerhebliche) Sache zu behandeln, an die Fabel vom Fuchs und den Tauben erinnert, so kommt doch die jetzige Aufregung ob des russisch-chinesischen Abkommens überraschend, weil viel zu spät. In Wirklichkeit ist ja die Mandchurei längst an Rußland verloren, nämlich seitdem es Port Arthur und die Konzeßion zum Eisenbahnbau nach Peking erhalten hat. Man scheint des russisch-chinesischen Geheimvertrages, der 1896 abgeschlossen wurde und bald nachher, von der Londoner Presse veröffentlicht, alle Welt beschäftigt hatte, ganz vergessen zu haben. Und doch hat Rußland erst kürzlich in Paris die Eisenbahnlinie Moskau-Peking sogar zur öffentlichen Schau gestellt gebracht. Rußland zieht nur in gewohnter Weise die Konsequenzen seiner Diplomatie: erst hat es die Thatsache geschaffen, nun benützt es die Gelegenheit, um ihr die nöthige Form zu geben. Bei der Schaffung der Thatsache aber hat ihm Deutschland hervorragende Dienste geleistet. Wir vermuthen, daß auch die jetzige reservirte Haltung des deutschen Reichskanzlers auf den damals getroffenen Abmachungen beruht. Die Annektion bedeutet nicht nur, daß das Arentikum seinen Fuß in Peking setzt, sondern daß es in seine Machtphäre das gewaltige Reich Korea erhält. Deshalb der große Aerger in Japan.

Wenn die chinesischen Gewährsleute des „Ostasiatischen Lloyd“, Kaufleute von der Küste, über die europäische Militäration derart abschlägig urtheilen, wie muß da erst die Stimmung der Chinesen im Hinterland sein, die von Europa keine bloße Ahnung haben? Dieselben Momente, welche die militärische Taktik der chinesischen Regierung bedingen, bestimmen die Zuversicht der chinesischen Bevölkerung im Inlande gegenüber dem Häuflein Fremder, das in ihr Land dringt. Mit dieser Stimmung der Bevölkerung muß die chinesische Regierung selbst rechnen. Das Alles ist ja schon aus dem Taiping-Aufstand genugsam bekannt. Was nun? Die ostasiatische Zeitschrift fordert Expeditionen in's Innere Chinas. Das würde mit Gelbhausbauten und Blutopfern verbunden sein, von denen man sich nach den bisherigen Erfahrungen der europäischen Aktion in China nur noch eine geringe Vorstellung machen kann! Eine andere Möglichkeit wäre die dauernde Okkupation des jetzt militärisch besetzten Gebietes. Lieft man nun in der Bülow'schen Rede, wovon er Alles das Zurückziehen der Truppen abhängig macht — von der „Entwicklung der politischen und militärischen Verhältnisse“, von dem weiteren Verhalten der Chinesen“, von ihrer „Loyalität“, von der Garantie der Kriegsentwaffnung, einer Garantie, die nach Bülow's eigenem Geständniß schwer aufzubringen ist —, so gewinnt man den Eindruck, daß man es auf das Letztere abgesehen hat. Das bedeutet nicht nur die China-Expedition in Ewigkeit, sondern das allmähliche Aufkommen eines ganzen Staatenkönigs kolonialer Wünsche, als da sind: Eisenbahnen, Telegraphen, Festungen, Häfen u. s. w. Von diesem Gesichtspunkte aus handelt es sich nicht mehr um die Fortsetzung der China-Expedition, sondern um eine kolonialpolitische Aktion von ganz außerordentlicher Tragweite. Aber der Reichstag schließt die Augen und springt über den Stock. Das deutsche Volk muß zahlen und — bluten!

## Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 18. März 1901.

Der Reichstag erledigte in zweiter Lesung u. a. das Gesetz über die Ausübung freiwilliger Gerichtsbarkeit im Heere, beanstandete die Wahl des konservativen Abg. v. Gerzdorff, der in irgend einem hinterwäldlerischen posenschen Wahlbezirk mit Hilfe von allerlei Manipulationen gegen einen Polen gewählt worden ist, und wandte sich dann der Berathung von Petitionen zu. Zuerst ging es recht ruhig und sogar trocken her. Es wurde über die Nothwendigkeit eines Gesetzes, über die Ausbildung der Thierärzte u. s. w. gesprochen; einmal ereignete sich der seltene Fall, daß Herr v. Karzdorff den Ausführenden unseres Genossen Lebebour zustimmte. — Unter den Petitionen, die heute berathen wurden, befand sich auch ein alter Lodenhüter, der dadurch, daß er alljährlich wiederkehrt, freilich nicht ehrenwürdig wird: eine Petition einer Schaar Bäckermeister um Aufhebung der Bäckerverordnung. Genosse Mollenbuhr verlangte Uebergang zur Tagesordnung; aber nicht einmal die Freisinnigen fanden den Muth, für diesen Antrag zu stimmen, sondern schlossen sich den übrigen bürgerlichen Parteien an und votirten für Ueberweisung der Petition als Material an den Reichskanzler. — Recht lebendig wurde es im Hause, als ein anderer ebenfalls alter und ebenfalls nicht ehrenwürdiger Lodenhüter auf der Oberfläche erschien: die Petition um Aufhebung der Prügelstrafe. In seiner gewohnten breitspürigen Weise trat Knuten-Dertel für sein Lieblingskind, die Prügelstrafe, ein; er sandte zärtliche Liebesblicke zu dem Centrum und den Nationalliberalen herüber, um ihnen von seiner Vorliebe für ungebrannte Holzäsche mitzutheilen, mußte aber den Schmerz erleben, daß sowohl Herr Gröber als Herr Basser mann ihm in nicht mißzuverstehender Weise abwinkten. Nur bei seinem Parteigenossen, dem frommen Schrempf, fand er volles Verständniß für seine Prügelwuth; machte doch selbst der Antisemit Werner einige Vorbehalte. Gründlich leuchtete Genosse Bebel, der zweimal das Wort ergriff, die prügelwüthigen Volksverdummer heim, denen auch der Freisinnige Müller-Meinigen einige derbe Wahrheiten sagte. Schließlich wurde beschlossen, über die Petition der Prügelenthufasteten zur Tagesordnung überzugehen. Die Konservativen stimmten natürlich dagegen. Morgen beginnt die dritte Berathung des Etats.

70. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Kommissare der Heeresverwaltung. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Berathung des Gesetzes über die Ausübung der freiwilligen Gerichtsbarkeit und die Leistung von Rechts-hülfe im Heere.

Das Gesetz wird in seinen acht Paragraphen in der Fassung der Kommission nach anwesentlicher Debatte angenommen.

Die zweite Berathung des Entwurfs eines Unfallfürsorgegesetzes für Beamte und für Personen des Soldatenstandes wird auf Antrag des Abg. Singer (SD.) vor der Tagesordnung abgesetzt, weil die Vorberathung des Entwurfs noch nicht von allen Fraktionen erledigt ist.

Es folgt der Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abg. v. Gerzdorff (K.) (Posen S.). Die Kommission beantragt weitere Beweiserhebungen. Das Haus beschließt demgemäß.

Es folgen Petitionen. Eine Petition über die Regelung des Handels mit Konservern wird auf Antrag der Kommission dem Reichskanzler als Material überwiesen.

Eine weitere Petition, betreffend Erlass eines Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen, soll nach dem Antrage der Kommission dem Reichskanzler als Material überwiesen werden.

Werner (Ant.) wünscht, daß in das Gesetz auch der Befähigungsnachweis aufgenommen werde.

Kirch (Z.) hofft auf baldige Einbringung des Gesetzesentwurfs und bedauert, daß die Regierung nicht Veranlassung genommen hat, über den Stand der Beratungen Aufschluß zu geben.

Sch (SD.) bedauert gleichfalls, daß die Regierung keinen Vertreter entsandt hat. Die vielen Handwerker und Bauarbeiter, die in jedem Jahr um ihre Forderungen betrogen werden, haben ein Recht zu verlangen, daß die Regierung bei solchen Verhandlungen zugegen ist. Ich hoffe, daß recht bald ein durchgreifender Entwurf vorgelegt wird, in dem namentlich auch die Forderungen der Arbeiter gebührend berücksichtigt werden. Von der Einführung des Befähigungsnachweises verspreche ich mir nichts. (Beifall b. d. Sol.)

Basser mann (RP.): In der heutigen Zeit, wo wir mit der Möglichkeit eines allgemeinen Bantrachs rechnen müssen, muß



nicht, wie es sonst in Rußland gebräuchlich, unterdrückt, sondern es wurden denselben sogar drei früher vom Senat ertheilte Verwarnungen im Gnadenwege erlassen. Selbstverständlich erregt diese Maßregel in Petersburg großes Aufsehen, weil es eine Vergeltung ist, wie sie noch niemals einem russischen Presseorgan widerfahren ist. Man kann daraus aber auf die Stimmung schließen, die durch die Reden Bülow's im offiziellen Rußland wachgerufen worden ist.

**Kleine politische Nachrichten.**  In der am Sonntag in Chemnitz stattgefundenen sozialdemokratischen Parteiverammlung für den 15. sächsischen Reichstagswahlkreis (Mittweida - Rochlitz - Söbha) wurde nach dem Vorschlage der Vertrauensmänner Paul Göhre in Berlin, der ehemalige Pastor und Nationalsozialist, einstimmig als Reichstagskandidat für die nächsten Reichstagswahlen proklamiert. Augenblicklich ist der Wahlkreis nationalliberal vertreten. Bei der letzten Wahl erhielt Ulmann (N.L.) 12 888 gegen 11 898 Stimmen, welche auf unseren Kandidaten Pinkau - Leipzig entfielen. Im Jahre 1890 hatte Genosse Albert Schmidt, bekannt aus dem Magdeburger Prozeß, zum ersten Male den Wahlkreis erobert. Der Bundesrath hat, wie wir schon kurz meldeten, auf Antrag des Reichskanzlers beschlossen, den Eisenbahnpasspreis für beurlaubte Militärpersonen vom Feldwebel abwärts von 1,5 Pf. auf 1 Pf. für den Mann und das Kilometer herabzusetzen. Diese Aenderung des Militärtarifs, wodurch die zur Zeit bestehende Unterscheidung in den Sägen für dienstliche und für Urlaubsreisen beseitigt wird, tritt am 1. April d. J. in Wirksamkeit, so daß die während der Osterferien beurlaubten Mannschaften die Fahrpreisermäßigung schon genießen können. — Militärische Reformen giebt es auch in Deutschland. Während in Frankreich über die Herabsetzung der Dienstzeit und in England über eine gänzliche Neuorganisation des Heeres verhandelt wird, darf der Militärstaat par excellence nicht zurückbleiben. Wichtig lesen wir auch in den Zeitungen: Mit Hoheitszeichen sollen nach einer Kabinetsordre des Kaisers sämtliche neu einzuführende Geschäfte der Infanterie versehen werden. — Der Gang zum Grabe der Märzgefallenen in Berlin wies eine auffallend starke Beteiligung auf. Bis Mittag waren gegen 200 Kränze niedergelegt worden. Der Verkauf einer Festbeilage der anarchischen Zeitschrift „Neues Leben“ auf dem Friedhofe wurde verboten. Im übrigen verlief die Feier, an der sich die sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstages und der Stadtverordnetenversammlung beteiligten, ohne Zwischenfall. — Aus Dortmund wird gemeldet: In Vorbed, der Gemeinde im Landkreise Essen, die Hauptgrube der Steinkohlengrubenindustrie, ereignete sich Sonntag früh eine schwere Dynamitexplosion. Das Straßenpflaster ist aufgerissen, Häuser wurden beschädigt, Menschen nicht verletzt. Man vermutet eine Spießthat. — Der Vorstand deutscher Bädervereine „Germania“ hatte eine Audienz beim Grafen Bülow nachgesucht, um mündlich die bekannten Bedenken der Bädermeister gegen die angeordneten hygienischen Einrichtungen in den Bädereien zum Ausdruck zu bringen. Vom Reichskanzleramt ist jetzt dem Vorstand die Mitteilung zugegangen, daß der Reichskanzler es ablehne, die Deputation zu empfangen. Der Vorstand hat darauf beschlossen, die in dieser Sache ausgearbeitete Petition dem Bundesrathe sowie den Fraktionsvorständen des Reichstages zu übermitteln. Ob die Bädermeister nun auch nach bekanntem Muster mit einer Revision ihrer monarchischen Stimmung drohen werden? — Maximilian Harden, der Herausgeber der „Zukunft“ wird am 21. d. M. in Weichselmünde die ihm von der Berliner Strafkammer im Oktober v. J. wegen Majestätsbeleidigung auferlegte sechsmonatige Festungshaft antreten. — Der italienische Unterstaatssekretär des Außenwesens demetrius Sonnabend in der Kammer das Zeitungsgericht, daß eine Anzahl süditalienischer Bauern für die englische Armee angeworben seien. Die Leute seien für Halifax (Kanada) engagiert. Auf den allgemeinen Wunsch der spanischen Industriellen wies der Finanzminister die Behörden an, künftig von allen Klöstern, die industriell thätig sind, Steuern einzutreiben. — Nach dem Madrider „Imparcial“ sind die Wahlen für die spanischen gesetzgebenden Körperschaften auf den 6. Mai festgesetzt. Die Cortes sollen am 10. Juni zusammentreten. — Aus Petersburg wird gemeldet: Anlässlich eines Trauergottesdienstes für die vor zwei Jahren in der Peter Pauls-Festung verstorbenen Studentin Betrona veranstalteten Sonntag Studenten und Studentinnen eine Manifestation vor der Kaiserlichen Kathedrale. Gardebataillon, Gendarmen und Polizei zerstreuten die Manifestanten und nahmen zahlreiche Verhaftungen vor. Die Gerichte von vielen Schwerverwundeten und Todten scheinen unbegründet zu sein.

**Transvaal.**

**Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.**  Mit den sogenannten Friedensverhandlungen scheint es nichts mehr zu sein. Einem Telegramm aus Pretoria zufolge ist Sir Alfred Milner nach Johannesburg abgereist, d. h. doch wohl, er ist auf der Heimreise nach Kapstadt, falls er sich in die Feststadt überhaupt zurückwagt. Mehrere Londoner Blätter stellen trauernd fest, daß die Waffenführung Botha's noch lange auf sich warten lassen wird. Demit wir zu vergleichen bitten, daß sie nach Angabe derselben Blätter am 27. Februar bereits formell erfolgt und von da ab in Intervallen von 3 bis 5 Tagen dreimal abfolgt gesichert war! — Dewets Kommando ist von Senekal in verschiedene Theile weitergegangen.

Nach einem Telegramm aus Kapstadt vom 17. d. Mts. lud dort in den letzten 48 Stunden neun neue Pestfälle vorgekommen. Unter den Erkrankten befinden sich drei Europäer.

England sucht jetzt eifrig nach einem anderen Einsehrhafen. Die aus Kapstadt gemeldet wird, ist ein Vorschlag zur Verbesserung des Hafens in Durban den englischen Behörden unterbreitet worden. Wenn nur die Buren nicht in den Biggarsbergen säßen!

**Persien.**

**Antidynastische Agitation.**  Wie in Teheran, so betreibt die persische Geistlichkeit auch in Tabriz, der Residenz des Thronfolgers, ihre antidynastische Agitation. Vier Tage nach dem Volksaufstand und den blutigen Straßenkämpfen in Teheran, wouüber bereits berichtet wurde, wurde, wie man der „Fik. Ztg.“ über Petersburg meldet, an den Thoren des Hauses des obersten Geistlichen in Tabriz ein Aufruf an das Volk angeheftet, worin mitgeteilt wird, daß der Schah Nuzaffer Eddin seit der Rückkehr von seiner europäischen Reise ausgehört habe, den Koran anzuerkennen und sich selbst als Muselman zu betrachten. Der Schah wolle unheilvolle Reformen einführen und alle frommen Perser zu Ungläubigen machen. Die Geistlichkeit sagt in dem Aufruf, sie sei berufen, den Glauben und die Gebote des Propheten zu schützen. Sie beschwört alle Anhänger des Islam, für den heiligen Glauben einzutreten. Der Inhalt des Aufrufs wurde rasch in der ganzen Stadt bekannt. Das Volk nahm ihn aber gleichmüthig auf, da es von den angeblich bevorstehenden Reformen nur Gutes für sich erwartet.

**China.**  
 **Vom Chinawirrwarr.**  Die „Berl. Korresp.“ meldet: Der englische Polizeikommissar, welcher im November in Shanghai einen Streitfall mit zwei deutschen Soldaten gehabt hatte, ist kürzlich vom dortigen englischen Gesandten gerichtlich freigesprochen. Der Shanghai Municipal Council entfernte ihn jedoch auf dem Disziplinarwege aus dem Polizeidienst, bedauerte den Vorfall und sprach den verletzten deutschen Soldaten ein Schmerzensgeld von 1750 Taels zu. — Aus Swatow meldet Wolffs Bureau: Auf Antrag des deutschen Konsuls wurde der Kreisvorsteher von Hsing wegen seiner christenfeindlichen Haltung und wegen Verschleppung deutscher Reklamationen abgesetzt. In Heping wurden zwei an deutschfeindlichen Ausschreitungen Beteiligte enthauptet, und in Chonglo zwei weitere Mischuldige verurteilt.

**Lüben und Nachbargebiete.**

Dienstag, den 19. März 1901.

„Der Vorhang fällt, das Stück ist aus.“ Wie wir gestern bereits kurz mittheilten, und wie heute in dem Geleß- und Verordnungsblatte schwarz auf weiß zu lesen, hat der Senat, einer anderen Regung, als dem eigenen Triebe, folgend, die **Streitposten-Verordnung aufgehoben.** Er kleidet seinen verspäteten Rückzug in nachstehende Mittheilung an die Bürgerschaft:

„Der dritte Strafsatz des Reichsgerichts hat am 4. Febr. ds. J. ein Erkenntniß der Strafkammer III des Landgerichtes zu Hamburg, durch welches die Lübedische Verordnung vom 21. April 1900, betreffend das Verbot des Streitpostenstehens, für rechtsgültig erklärt worden war, aufgehoben und die gedachte Verordnung als den Reichsgesetzen widersprechend und daher nicht zu Recht bestehend bezeichnet.“

Abschriften der beiden Urtheile werden der Bürgerschaft hieneben vorgelegt. Für den Senat mußte die Erwägung, ob er die Gründe des Reichsgerichts sich anzu eignen vermöge, zurücktreten vor der Frage, ob nicht mit Rücksicht auf die Autorität des höchsten Gerichts ohne Weiteres die Aufhebung der Verordnung geboten sei. Bei Prüfung der bezüglichen Fragen ist der Senat zu dem Schlusse gelangt, daß es unangemessen sein würde, der Reichsgerichtsentscheidung gegenüber die Stellungnahme der Lübedischen Gerichte und des hiesigen Oberlandesgerichts, welche mit der Verordnung sich zu befassen noch keine Gelegenheit gehabt haben, abzuwarten, daß vielmehr die Zurücknahme der Verordnung angezeigt ist.

Mit Rücksicht auf die Verhandlungen der Bürgerschaft vom 25. Juli 1900 giebt der Senat ihr von diesem Beschlusse hien durch Kenntniß.“

Es war durchaus angebracht, daß der Bürgerschaft, die für die Verordnung so lebhaft und so zielbewußt in's Geschire gegangen ist, nun auch in aller Form der ihr rechtmäßig zukommende Antheil an dem Unternehmensgewinn ausgelehrt wurde. Auch dem Amtsblatte thut es wohl, daß es auf die Klaffende Wunde, welche der Grundriß „Zum Tausel mit der Berechtigung, hoch das Unternehmervohl!“ seiner Reputation geschlagen, die Charpie eines hochwohlweisen Dekrets legen kann. Nicht ganz ein Jahr hat die Verordnung gelebt; in aller Stille ist sie beigelegt worden. Nicht einmal Zähne hat das arme Kind bekommen, geschweige denn gebissen. Angesichts dieser Thatfachen muß man doch wirklich fragen: Wessen Geschäfte haben denn eigentlich die Urheber der Verordnung besorgt?“

**Achtung, Flußschiffer!** Die Sperre über den Betrieb von Johs. Timm dauert fort!

**Achtung, Steinseher!** Buzug ist fern zu halten von Köppen, Wallhalbinsel und Kanalschiffenstraße!

Die diesjährige Märzfeier, welche gestern Abend im Vereinshause abgehalten wurde, war in Folge des sehr schlechten Wetters nicht so stark besucht, wie die früheren. Immerhin hatten sich reichlich 700 Personen eingefunden, welche dem vortrefflichen Referate des Genossen Emil Fischer-Hamburg lauschten. Dieser schilderte in kerniger Form die Thaten der Märzkämpfer, den Verfall des Bürgerthums und das Erstarken des Proletariats an der Hand der geschichtlichen Thatfachen und erntete lebhaften Beifall.

Die Lohabewegung der Schneider darf, soweit es sich übersehen läßt, in der Hauptsache als gütlich beendet bezeichnet werden. Nähere Angaben folgen noch.

**Rhedereiprofite.** Aufsichtsrath und Vorstand der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft erstatten Bericht über das Geschäftsjahr 1900. Die Abrechnung ergibt einen Betriebsgewinn von **24 376 924,13 Mark**; nach Abzug der Zinsen auf die Prioritätsanleihe (510 000 Mark) bleiben **23 866 924,13 Mark**. Hier von sind verwendet zu Abschreibungen vom Werthe der Schiffe, zur Dotierung der Reserve-Affekturanz- und des Erneuerungskontos **15 459 532,83 Mark**. (1) Von dem sich ergebenden Restbetrage von 8 417 391,30 Mark verbleibt nach Abzug der statutenmäßigen Lantième ein Saldo von 8 000 000 Mark, welcher die Vertheilung einer Dividende von 10 Prozent auf das Aktienkapital oder von 100 Mark pro Aktie gestattet. Die „Börse“ bemerkt: „Absolut neu sind in dem diesmaligen Berichte die Informationen über diejenigen Verträge, die mit anderen Rhederei-Unternehmungen im verflochtenen Jahre geschlossen sind, Verträge, durch die der Hamburg-Amerika-Linie eine Antheilnahme an dem Verkehr nach so ziemlich allen Hauptrichtungen der Erde gesichert wurde; die Hamburg-Amerika-Linie hat sich dadurch gewissermaßen zu einer Weltlinie ausgestaltet. Daß diese Ausdehnung neue Mittel in Anspruch nimmt, ist selbstredend, den Erfordernissen wird durch Ausgabe einer 4 1/2 prozentigen Prioritäts-Anleihe im Gesamtbetrage von 27 1/2 Millionen Mark entsprochen, wovon zunächst nur 9 Millionen Mark zur Ausgabe gelangen. Die Abschreibungen, welche die Gesellschaft vorgenommen hat, müssen als recht reichliche bezeichnet werden (sic!), was naturgemäß der inneren Konsolidierung zu Gute kommt.“

Die vorliegende Bilanz weist einen Besitz von 95 Dampfern nach, von denen 12 sich im Bau befinden; in 419 Rundreisen (395 im Vorjahre) sind 166 539 Passagiere (101 975 Passagiere im Vorjahre) und 3 195 685 cbm Güter (3 033 887 cbm im Vorjahre) befördert worden.“ **Dreißig Prozent Geschäftsgewinn, aber nur — zehn Prozent Dividende!** Dagegen **Zwanzig Prozent „Abschreibungen“** etc.! So wird's gemacht. Deutlicher kann der Schwindel der Rhederei nicht sein, „nicht einmal fünf Prozent Durchschnittsdividende“ bei der Rhederei und dem „mehr mäßigen Gewinn“ im Rhedereigefährte nicht illustriert werden. Es entgehen durch diese enormen „Abschreibungen“ dem Steuerfiskus rund 245 000 Mk.! Nebenbei sei erwähnt, daß der Direktor

**Verammlungsverbot.** Eine auf Freitag abend elf Uhr eintreffende sozialdemokratische Vereins Feipzig-Ost, in der der Genosse Manfred Wittich einen Vortrag über das Thema „Märzereinerungen“ angesetzt hatte, wurde polizeilich verboten. Das Verbot erging auf Grund des § 5 des sächsischen Vereinsgesetzes, „in der Versammlung die 1848er Revolution und die früherer Kommune gefeiert werden sollte.“ Gütlich!

**Unter schlimmen Verdacht.** Genosse D. P. i. c. u. s. H. P. o. r. z. h. e. i. m. wurde am Donnerstag verhaftet unter der Anschuldigung, als Geschäftsführer eines dortigen Konsumvereins Unterschlagungen begangen zu haben. In dieser **Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft** berichtet: „Im Laufe des Jahres 1900 haben unsere Dampfer im Ganzen 117 Reisen nach Brasilien, dem La Plata und dem Mittelmeer ausgeführt, deren Reingewinn nach angemessenen Abschreibungen (die Höhe der Abschreibungen wird verschwiegen) 1 200 108,60 Mk. beträgt; hiervon verwenden wir: für Lantième-Konto 74 959,57 Mk., für Saldo-Vortrag 149,03 Mk., zusammen 75 108,60 Mk., und stellen, nach Genehmigung durch die Generalversammlung, verbleibende 1 125 000 Mk. gleich 10 Prozent auf das Aktienkapital zur Verfügung der Aktionäre, welche Dividende mit 75 Mk. für die Aktien I. Emission und mit 150 Mk. für die Aktien II. und III. Emission vom 1. April d. J. ab bei der Norddeutschen Bank in Hamburg zu erheben ist.“ — Die Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft „Rosmos“ zahlt für 1900 eine Dividende von 15 Prozent! Auch ein Beweis von den „geringen Erträgen“ der Rhederei. — Der **Fleisburger Dampfer-Kompagnie** verbleibt nach Abzug der Unkosten, Zinsen und Steuern ein Gewinn von 708 354 Mk. und nach reichlichen Abschreibungen und Ueberweisungen an den Reserve- und Erneuerungsfonds ein Reingewinn von 318 674 Mk. Es wird daher die Vertheilung von 10 Prozent Dividende erfolgen. Die Erhöhung des Aktienkapitals auf 3 000 000 Mark ist inzwischen vollständig durchgeführt. Die Flotte der Dampfer-Kompagnie besteht aus 12 Dampfern mit etwa 34 300 Tons Tragfähigkeit mit Bunker. — **Arme Rheder!**

**Ueber eine Verwechslung im Gerichtssaal,** die einem bekannten Hamburger Anwalt passierte und die gleichzeitig auf das heutige Rechtswesen ein eigenartiges Licht wirft, berichtet die bürgerliche Presse Folgendes: „Ein Einwohner hatte wegen irgend einer strafbaren Handlung Klage gegen eine andere Persönlichkeit erhoben, Strafantrag gestellt und schließlich den betreffenden Rechtsanwalt als Rechtsbeistand erwählt. Dieser letztere war gerade stark beschäftigt und sah sich daher, wie das oft geschehen soll, die Akten vor dem Termin gar nicht an, sondern entschloß sich, erst beim Termin durch die Verhandlung sich zu informieren. Das Gesicht seines Auftraggebers, sowie dessen Namen hatte er längst vergessen, obgleich der Name aus den Akten ersichtlich war. Zum Unglück kam er nun kurz vor der Verhandlung zufällig mit seinem Gegner, dem Angeklagten, in's Gespräch, und sagte dadurch die irrige Meinung, daß dieser die von ihm vertretene Persönlichkeit sei. Als die Verhandlung in das Stadium getreten war, in dem der Rechtsbeistand eingreift, ergriff auch der zerstreute Anwalt das Wort und donnerte los, aber nicht über den Angeklagten, sondern über seinen eigenen Klienten, den Kläger, an dem er kein gutes Haar ließ. Dem Amtsrichter kam die Sache höchst merkwürdig vor, er begriff natürlich das Ganze nicht. Das Resultat der vorzüglichen Bertheilungsrede, während welcher der Kläger aber vor Erstaunen und Wuth die Hände über dem Kopfe zusammenschlug, war natürlich, daß der Kläger mit seiner Klage kostenpflichtig abgewiesen wurde. Als das Urtheil gefällt war, wandte sich der vorstehende Amtsrichter an den Rechtsanwalt und sagte zu diesem: „Herr Doktor, ich glaube, Sie haben sich etwas geirrt, denn es scheint mir, Sie haben Ihren Gegner vertheidigt und Ihren Klienten hineingeritten.“ Der hineingefallene Kläger eilte natürlich sofort in's Bureau seines „Rechtsbeistandes“ und verlangte den geleisteten Kostenvorschuß zurück, der ihm auch bereitwilligst zurückvergütet wurde. Wie erzählt wird, soll dabei die Unterhaltung recht lebhaft geworden sein und sich mehrfach in Redewendungen bewegt haben, die man in Alberts Komplimentierbuch höchstwahrscheinlich vergeblich suchen dürfte.“

Zum zweiten Stellvertreter des Bürgerschaftswortführers ist an Stelle des verstorbenen Schlachtermeisters Stein einstimmig Kapitän J. A. Heitmann gewählt worden.

Die Bürgerschaft nahm in ihrer gestrigen Sitzung sämtliche 11 Senatsanträge ohne wesentliche Debatte an. Auf die Beratungen gehen wir in der morgigen Nummer ausführlicher ein.

Den Antiagrarien Antrag, welcher gestern von der Bürgerschaft angenommen wurde, haben auch die beiden

dafür gesorgt werden, daß die Forderungen der Bauhandwerker und Arbeiter gesichert sind. Auf eine Anfrage, die ich beim Etat des Reichsjustizamts stellte, habe ich von dem Staatssekretär die Antwort erhalten, daß neuerdings über diese Materie wieder Kommissionsverhandlungen stattfinden. Zweifellos sind große Schwierigkeiten zu überwinden, ich hoffe jedoch, daß die Vorarbeiten recht bald zum Abschluß gelangen. (Beifall b. d. Natl.)

Die Petition wird hierauf dem Antrag der Kommission gemäß dem Reichstageskalender als Material überwiesen.

Eine Petition, die die Einstellung des Vertriebs von Ansichtspostkarten an dem Markenverkaufsstande des Postamts 1 in Kassel fordert, wird auf Antrag des Abg. Rimpf (N.) von der Tagesordnung abgelehnt.

Eine Petition des Schriftführers des deutschen Veterinärarates verlangt, daß durch Einführung des Abiturierten-Examens eines humanistischen oder Realgymnasiums als Voraussetzung der Zulassung zum Studium der Veterinärmedizin eine Steigerung der Bildungs- und Leistungsfähigkeit der Thierärzte gesorgt wird.

Die Kommission beauftragt Ueberweisung der Petition an den Reichstageskalender zur Berücksichtigung.

Vassermann (N.): Ich teile dem Antrage an, beantragt aber, gleichzeitig anzuspochen, daß die Oberrealschule von 9 Klassen dem Gymnasium und Realgymnasium in diesem Falle für gleichwertig erklärt wird. Wenn wir die Vorbedingung für das Studium der Veterinärmedizin neu regeln wollen, dann sollten wir keine Differenzierung zwischen Gymnasium und Oberrealschulen eintreten lassen.

Kettich (R.) schließt sich dem Kommissionsantrag an und dem Vorschlag des Abg. Vassermann an. Ebenso der Abgeordnete Eichhoff (N.).

Lebedonr (SD.): Ich kann mich für den Kommissionsantrag nicht erklären. Zahlreiche Kopazitäten des thierärztlichen Standes sind aus Nicht-Abiturienten hervorgegangen und der thierärztliche Stand erfreut sich immer steigender Achtung und Anerkennung. Das ist im Kommissionsbericht selbst gesagt. Es liegt also kein Grund vor, den bestehenden Zustand abzuändern. Bei Annahme des Kommissionsantrages würden namentlich die Unbemittelten, die die längere Vorbildung nicht genießen können, von dem Veterinärstudium ausgeschlossen werden. Außerdem würden sich, wenn die Ausbildungsstellen die gleichen werden, die meisten derjenigen, welche Heilande finden wollen, dem ärztlichen Studium zuwenden und nur die Zurückgebliebenen würden sich dem thierärztlichen Studium widmen.

Kardorff (N.): Ich muß anerkennen, daß die Ausführungen des Herrn Vorredners wohl einige Berücksichtigung verdienen. Wenn aber jetzt der größte Theil der Thierärzte meint, es sei nützlich für sie, auch vom Thierarzt das Abiturium zu fordern, so können wir ihnen diese Zugeständnisse wohl machen.

Dr. Baasche (N.): Daß einzelne Thierärzte auch ohne Abituriatenerexamen hervortreten gesehelt haben, ist kein Beweis. Eine längere Vorbildung muß nun in mehr verlangt werden, als die Anforderungen an Thierärzte sich fortgesetzt steigern.

In der Abstimmung wird der Antrag Vassermann gegen die Stimmen des Zentrums angenommen, ebenso der Antrag der Kommission.

Es folgt eine Petition betr. Aufhebung der Verordnungen über den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien und Abänderung der Gewerbeordnung (Zwangsbäckereien).

Kollenbühr (SD.): Ich beantrage, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen. Die Ueberweisung der Petition als Material würde eine Art Anerkennung der Klagen sein, die wir fortgesetzt von Seiten der Bäckermeister hören. Eine solche Anerkennung wäre nun so bedauerlich, weil es sich hier vorwiegend um den Schutz jugendlicher Arbeiter handelt. Nach einer Statistik vom Jahre 1895 waren mehr als 43 pCt. aller Bäckerschulung und Bäckergehelfen unter 18 Jahre alt.

Franken (N.) fordert eine Revision der Bäckereiverordnung.

Kollenbühr (SD.) bittet nochmals, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Kollenbühr findet nicht die genügende Unterstützung von 50 Mitgliedern, da nur die Sozialdemokraten dafür stimmen. Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Es folgt eine Petition betreffend Einführung der Strafe der körperlichen Züchtigung.

Dertel (R.): Ich habe mich nicht zum Worte gemeldet, um eine Debatte über diese Frage herbeizuführen, sondern vor allem, um mein lebhaftes Bedauern darüber zu bekunden, daß die Kommission auch in diesem Jahr zu keinem andern Beschluß gekommen ist, wie in vergangenen. Ich will heute von dem Versuch absehen, eine andere Stimmung des Hauses zu veranlassen, als sie im vergangenen Jahr herrschte, und bezu habe ich zwei Gründe. Ich weiß sehr wohl, daß innerhalb des Zentrums und der Nationalliberalen in einigen Herrn sich eine Entwidlung nach der anderen Richtung vorbereitet. (Hört! hört! links.) In diese partei Entwidlung darf man jetzt nicht mit rother Hand eingreifen. Außerdem werden wir ja binnen kurzem Gelegenheit haben, uns über diese Materie zu unterhalten. Das deutsche Volk verlangt von der Regierung eine Stellungnahme zu dieser Frage. (Lachen links.) Die Frage der Wiedereinführung der körperlichen Züchtigung für rohe Verbrecher ist eine außerordentlich volksthümliche. Ich hoffe, daß in ein oder zwei Jahren der Reichstag über diese Petition nicht mehr zur Tagesordnung übergehen wird.

Vassermann (N.): Ich hoffe, daß die Mehrheit des Reichstages auch wie vor an dem Standpunkt festhalten wird, daß die Prügelstrafe zu verwerfen ist. Herr Dertel hat davon gesprochen, daß sich innerhalb des Zentrums und der Nationalliberalen ein gewisser Wandel vollzogen habe. In der Fraktionssitzung, in der heute über diese Frage verhandelt wurde, herrschte dieselbe Stimmung wie das letzte Mal, daß der Beschluß auf Uebergang zur Tagesordnung zu votieren sei. Wir sollten die Prügelstrafe mit für das rohe Strafmittel, das es überhaupt gibt. Der letzte Akt von Menschenwürde, von sittlichem Gefühl wird vernichtet durch diese rohe Strafe. Ich kann nur meiner Enttäuschung über den Kommissionsbeschluß Ausdruck geben und daß eine Reform der Gesetzgebung seitens der Regierung nach dieser Richtung nicht in Aussicht genommen ist. (Beifall links.)

Berner (N.): Eine gewisse erhebliche Wirkung kann man der Prügelstrafe nicht absehen. Bedenken ergeben sich nur in Beziehung auf die Ausübung derselben.

Groebner (Z.): Wir sind nicht der Ansicht, daß ein mögliches Strafmittel für rohe Gewüther gefunden werden muß. Daß nur Strafmittel große Mängel hat, weine auch ich. Wenn Herr Dertel die Wichtigkeit macht, so würde ich mich zu Reformen mit ihm einverstanden. Die Mängel des Strafmittels werden aber nicht beseitigt, wenn man ein rohes rohes Strafmittel heranzieht. Es liegt gar kein Bedarf vor, die Wiedereinführung der Prügelstrafe zu erwägen. (Beifall im Zentrum und links.)

Bebel (SD.): Gerade die Regierungsvorläufer haben sich in der nächstletzten Woche gegen die Prügelstrafe erklärt und zwar mit sehr erheblichen Gründen. Die Behauptung, dass die Wiedereinführung der Prügelstrafe nicht ohne Weiteres, der große wichtige Kommissar, veranlaßt die Prügelstrafe auf das erste. Es ist ein Zeichen der Zeit, daß gerade in diesem Augenblicke, wo die Prügelstrafe ein Hauptstrafmittel war, die größte Opposition dagegen herrscht in allen Kreisen der Bevölkerung und daß die Regierung sich gedrungen gesehen hat, die Prügelstrafe außerordentlich einzuschränken. Sie werden darauf hin, daß die Wiedereinführung derselben. Das liegt an dem jetzigen Zustand. Einmal ist es so, daß die Justiz die Form aus der Form gehen muß. Es ist ein Zeichen der Zeit, dass diese Reformen...

halt brauchen suchen zu müssen. Eine vollständige Vernachlässigung der Erziehung der Kinder in der Familie ist die Folge. Denken Sie ferner an die traurigen Wohnungsverhältnisse der Arbeiterklasse, die vor allem demoralisierend wirken. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ebenso traurige Verhältnisse herrschen auch auf dem Lande. Sorgen Sie dafür, daß die Volksbildung gehoben wird; aber gerade Sie da drüben (nach rechts) sind die größten Gegner der Volksbildung; Sie sind der Meinung, daß die dümmsten Arbeiter die besten sind. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Gerächbrüderung der Volksbildung ist Ihr Streben. Bei der Verhandlung über die Erhöhung der Getreidepreise im Meininger Landtag wurde darauf hingewiesen, daß die Erhöhung der Getreidepreise eine Vermehrung der Verbrecher zur notwendigen Folge haben müßte. Da hat einer Ihrer Parteigenossen (nach rechts) geantwortet: Wenn sich infolge der erhöhten Getreidepreise die Diebstähle mehren, dann müßte die Prügelstrafe für die Diebe eingeführt werden. (Lebh. hört! hört! links.) Auch in anderer Richtung steht es traurig mit unserem Schulwesen. In der dritten Vorauflasse eines Gymnasiums hat man ein Geometrie lernen gelehrt, in dem es heißt: „Und wer dem Kaiser etwas thut, den schief ich einloch todt.“ Ich halte es für eine Nothwendigkeit, so etwas zu lehren. Infolge der Ueberfüllung der Klassen und infolge des Lehrermangels kann den Kindern nicht einmal ein Minimum von Bildung beigebracht werden. Die zahlreichen Briefe aus China haben gezeigt, daß ein gut Stück Nothheit im Volke vorhanden ist. Wenn die Prügelstrafe wieder eingeführt werden sollte, so müßte sie vor allen Dingen treffen, die für derartige Nothheiten verantwortlich sind. (Bravo! bei den Soz.)

Dertel (R.): Fast alle meine Parteigenossen halten die Wiedereinführung der körperlichen Züchtigung für Nothwendigkeit für unbedingt notwendig und denken, daß sie mit der Zeit noch kommen wird. So regierungstreu wie Herr Bebel bin ich nicht, daß ich in allen Fällen den Regierungsvorsetzern Recht gebe. Wenn viele Theoretiker des Strafvollzuges gegen die Prügelstrafe sind, so sind doch andere wieder dafür. Wenn Herr Bebel uns als Gegner der Volksbildung bezeichnet, so irrt er sich vollständig. (Oh! oh! links.) Wir verlangen gründliche Herzens- und Willensbildung. Der im Meininger Landtage geäußerten Aeußerung kann ich mich nicht anschließen. Ich erkläre im Namen aller meiner Parteigenossen, daß wir für Eigenthumsverbrechen die Prügelstrafe nicht einführen werden. Das Gedicht, das Herr Bebel anfing, halte ich nicht für geschmackvoll und würde es nicht lernen lassen. Aber ganz so schlimm ist die Sache doch nicht. Derartige kindliche Gedichte werden im „Vorwärts“ für ältere Altersstufen in Massen produziert. Herr Hoffmann meinte, es würden vielmehr Unterschriften gegen die Wiedereinführung der Prügelstrafe aufgebracht werden können. Das läme doch erst auf die Probe an. (Abg. Singer: Das lohnt sich nicht! Weiterkeit.) Ich glaube es nicht. Wir wollen die Prügelstrafe auch nur der Nothwendigkeit angedeutet wissen, wo überhaupt von sittlichem Gefühl nichts mehr vorhanden ist, also ein solches auch nicht, wie Herr Vassermann meinte, erstift werden kann. Wir brauchen ein starkes Abschreckungsmittel, und das ist die Prügelstrafe.

Schrembs (N.): In der Kommission hat unser Parteigenosse Jacobsohn unser ablehnenden Standpunkt durchaus gemacht. Herr Bebel meinte also irrtümlich, daß in der Kommission Einstimmigkeit geherrscht habe. Herr Bebel hat auf unpassende Lieder, die in bürgerlichen Kreisen gesungen werden, hingewiesen. Er sollte sich lieber um die sozialdemokratischen Liederbücher kümmern. Wer bewußt den Klassenkampf predigt, ist kein Verfechter der Humanität.

Groebner (Z.) erklärt sich gegen die Prügelstrafe und meinte, in Zeiten des Stillstandes hätten auch katholische Bürger damit Bekanntschaft machen können (Lachen rechts), wenn die Prügelstrafe damals bekanden hätte. Herr Dertel habe von Herzensbildung gesprochen. Herzensbildung und Prügelstrafe bilden aber eine merkwürdige Koalition, und ich bitte das Haus, von dieser Koalition abzusehen. (Weiterkeit im Zentrum und links.)

Kardorff (N.) hält die Wiedereinführung der Prügelstrafe für nicht angängig, nachdem sie einmal abgeschafft sei, was Manche bedauern mögen.

Dr. Müller-Reinigen (N.): Die Prügelstrafe wirkt verrohend auf Den, der sie giebt, der sie empfängt und der sie sieht; sie athmet mittelalterlichen Modergeist, und deshalb verwerfen wir sie auf das Entschiedenste. (Beifall links.)

Dr. Köpcke-Kaiserlautern (N. d. V.): Ueber die Nothwendigkeit der Prügelstrafe kann man verschiedener Meinung sein, jedenfalls ist eine Verschärfung der Strafmittel notwendig. — Der Bund der Landwirthe will die Aufklärung des Volkes. (Stürmische Heiterkeit und Händeklatschen links.) Wir hätten uns unsere Erfolge erzielt, wenn wir die Bauern und Landarbeiter nicht derart aufgestärkt hätten, daß sie der sozialdemokratischen Verheerung aus eigener Kraft zu entgegentreten können.

Bebel (SD.): Auf die Landarbeiter wirkt der Bund der Landwirthe jedenfalls nicht auflösend sondern geradezu verbummend. Für diese Arbeiter wollen Sie (nach rechts) Kontraktbruchgeheß, Verschärfung der Freizügigkeit, Verbot des Vereins- und Versammlungsrechtes u. s. w., also völlige politische und geistige Unmündigkeit. (Lachen rechts.) Sehr richtig! links.) Darum haßen Sie die aufklärerische Arbeit der Sozialdemokratie. Herr Schrembs meinte, wir predigen den Klassenhaß. Das thun nicht wir, sondern die Kontraktbrüche mit ihrer Agitation für Erhöhung der Lebensmittelpreise. Wenn die Arbeiter durch unsere auflösende Thätigkeit zum Klassenhaß geführt werden, so ist das die Schuld Derer, welche die ungerechten Zustände aufrecht erhalten. Wir wollen die Aufklärung des Volkes, denn wir brauchen intelligente Arbeiter, die unsere idealen Ziele verstehen. Ihre Ziele gehen nicht auf Volkserhellung sondern auf Volkserdummung. (Beifall b. d. Soz., Lachen rechts.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, diese letzte Bemerkung war doch wohl nicht ganz in der Ordnung.

Hindewald (Ant.): Ich und ein großer Theil meiner Freunde sind gegen die Prügelstrafe, weil sie eine Mißhandlung ist und Mißhandlung terroßt.

Damit schließt die Diskussion.

Der Antrag der Kommission auf Uebergang zur Tagesordnung wird gegen die Stimmen der großen Mehrheit der Sozialdemokraten angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Dritte Lesung des Etats.) Schluß 5 Uhr.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Der Reichstag ist edel, so schreibt der Berliner Korrespondent der „Frankf. Ztg.“. Den Antrag für die Bewilligung der Hohkönigsburg hat im Reichstag die Erwägung gegeben, daß es sich um einen Wunsch des Kaisers handelt. Gegen die Stimmen der Linken ist die Forderung bewilligt worden, für die auch von den Linken nur wenige stimmen. Der Reichstag ist edel. Es ist kein Geheimniß, daß die von ihm gewünschte Bewilligung von Dänen am Widderspruch des Kaisers zu scheitern droht. — Es liegen auch sonst Anzeichen vor, daß der Einfluß des gegenwärtigen Reichstages auf den Romanen weit geringer ist als derjenige irgend eines seiner Vorgänger.

Zum Zolltarif. Die „Sächsische Zeitung“ schreibt

augerscheinlich inspirirt zum gegenwärtigen Stande der Zolltarifvorlage gegenüber gegentheiligen Meinungen: Die Vorlage sei im Reichstagsamte fertig gestellt. Es handelt sich jetzt darum, mit der vom Reichskanzler vorgeschriebenen Bescheinigung die zwischen den Reichsämtern und den drei hauptbetheiligten preussischen Ministerien vorhandenen Meinungsverschiedenheiten aufzuklären und soweit als möglich zu beseitigen. Bissham werde der Reichskanzler dieselbe dem Ministerium und hierauf als preussische Bundesrathsvorlage den verbündeten Regierungen überweisen. Von endgültigen Beschlüssen sei daher noch keine Rede. Die maßgebenden Mitglieder der Reichsregierung seien fortgesetzt überzeugt, daß diejenigen Getreidezollerhöhungen, welche entschieden im Interesse der Landwirtschaft notwendig seien, von vornherein im Zolltarif als Mindestzoll gesetzlich festgelegt werden müßten, damit eine zuverlässige Grundlage für die übrigen Zollverhandlungen mit dem Ausland gegeben sei. Dagegen behauptet der Abg. Dr. Barth in der „Nation“, der agrarische Doppeltarif sei bereits durchgesetzt und zwar mit Zollsätzen von 6 und 8 Mark für den Doppelcentner Weizen und 5 und 7 Mark für den Doppelcentner Roggen. Herr Barth kündigt auch an, daß der Zolltarif schon im Mai dem Reichstag zu gehen werde. Ganz also wie es die Agrarier befohlen haben.

Dem sächsischen Antisemitismus geht der Athem aus. Er will sein „großsittiges Tageblatt“, die „Deutsche Wacht“ in Dresden unter den Hammer bringen. Die „Antisemitische Deutsche Wacht“ hat am 29. März ihre Generalversammlung, wozu der Vorstand der Gesellschaft — das sind die Parteileiter — den Antrag stellt, die Gesellschaft aufzulösen und das „Gesellschaftsvermögen“ im ganzen zu veräußern. Der Ausdruck „Gesellschaftsvermögen“ dürfte etwas ungenau gewählt sein; es kann sich höchstens um Gesellschaftsinventar handeln. Das ist ja der Wurm, der am Herzen der „Deutschen Wacht“ nagt, daß sich Niemand mehr finden mag, der ihr nochmals zu Vermögen verhilft. Hoffentlich findet sich wenigstens ein Trödeljude, der das alte Eisen aufkauft.

Die Kommission zur Verathung der Seemanns-Ordnung setzte in der Freitag-Sitzung die Diskussion über den die Seemannsämter betreffenden § 4 fort. Als § 4 a wurde auf Antrag des Auswärtigen Amtes folgender neue Paragraph eingeschaltet: „Die Schiffsgebiete gelten im Sinne dieses Gesetzes als Ausland. Deutsche Häfen im Sinne dieses Gesetzes sind nur die Häfen des Reichsgebietes.“ Die §§ 5 und 14 blieben fast unverändert. Dagegen erhielt der § 15 einen Zusatz. Nach § 15 hat ein angemusterter Schiffsmann, wenn er durch ein unabwehrbares Hinderniß vom Dienstantritt abgehalten worden ist, die Pflicht, sich alsbald hierüber dem Kapitän und Seemannsamt gegenüber auszuweisen. Von den Sozialdemokraten war nun folgender Zusatz beantragt: „Der Kapitän hat das Seefahrtsbuch eines angemusterten Schiffsmannes, welcher den Dienst nicht antritt, dem Seemannsamt, bei welchem die Anmusterung desselben erfolgt ist, sobald als thunlich, zu übersenden. Er haftet dem Seemann für den aus der Unterlassung erwachsenen Schaden.“ Der erste Theil des Antrages wurde angenommen, der letztere als überflüssig erachtet, da die Frage des Schadenersatzes durch das B. G. B. geregelt werde, und daher abgelehnt.

Die folgenden §§ 16—22 wurden unverändert angenommen. Der letztere, der besagt, daß die Musterrolle und alle dazu gehörigen Schriftstücke nach Beendigung der Reise dem Seemannsamt, vor welchem abgemustert wird, zu überliefern ist und daß die Schriftstücke dem Seemannsamt des Heimathhafens zu übersenden seien, hat auf Antrag der Regierung den Zusatz erhalten, daß, in Ermangelung eines solchen Heimathhafens die Uebersendung an das Seemannsamt des Registerhafens zu erfolgen habe. Zu § 25, der die Form des Feuervertrages betrifft, hat die Regierung beantragt, daß die von der Kommission in erster Lesung dazu gefaßten Beschlüsse, wonach der Feuervertrag der schriftlichen Form bedarf, dahin abgeändert werden, daß auch mündlich abgeschlossene Feuerverträge zulässig und gültig sein sollen. Dagegen erhob sich ein lebhafter Widerspruch. Als ein Kommissionsmitglied erklärte, daß dieser Regierungsantrag unannehmbar sei, weil alsdann alles beim Alten bleibe, und wenn die Kommission wirklich dem Antrage folgen sollte, in der zweiten Lesung im Plenum Vorgänge zur Sprache gebracht werden würden, die geeignet sein möchten, den Kommissionsbeschluß der ersten Lesung wieder herzustellen, erklärte der Unterstaatssekretär Rothe ganz unverblümt, daß dann die Regierung möglicherweise das ganze Gesetz für unannehmbar erklären würde, da sonst die Interessen der Rheeder zu arg gefährdet würden. Die Debatte über den Regierungsantrag und die dazu gestellten Unteranträge zog sich jedoch so lange hin, daß eine Abstimmung in der Sitzung nicht mehr erfolgen konnte.

Zur Einschuldigung des Duells schreibt jemand in der „Konserwat. Monatschrift“: „Es ist das Duell ein Symbol des allein und ewig vollgiltigen Opfers Jesu Christi.“ Das „Ev. Prot. Kirchenbl.“ bemerkt dazu: Und solche an Blasphemie (Gotteslästerung) freisende Weisheit will „konservatives, rechtgläubiges und alleinberechtigtes Christenthum“ sein? — Wir fügen: An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen.

Eine Auffsehen erregende Begnadigung wird aus Rußland gemeldet. Trotz Veröffentlichung einer Reihe, die deutsche Regierung in unerhörter Weise angreifender Artikel wurde das Petersburger Blatt „Oraschani“, das von dem Fürsten Meshcherski herausgegeben wird,

... wie es sonst in Rußland gebräuchlich, unterbrückt, sondern es wurden demselben sogar drei früher vom Kaiser erteilte Verwahrungen im Gnadenwege erlassen. Selbstverständlich erregt diese Maßregel in Petersburg großes Aufsehen, weil es eine Vergrößerung ist, wie sie noch niemals einem russischen Behörde widerfahren ist. Man kann daraus aber auf die Stimmung schließen, die durch die Nebenwahlen im offiziellen Rußland wachgerufen worden ist.

**kleine politische Nachrichten.** In der am Sonntag in Gemeinschaft der sozialdemokratischen Parteiverammlung für den 15. jährlichen Reichstagswahlkreis (Mitglied: Reichstagswahlkreis) wurde nach dem Vorschlag der Vertrauensmänner Paul Göhre in Berlin, der ehemalige Senator und Nationalsozialist, einstimmig als Reichstagskandidat für die nächsten Reichstagswahlen proklamiert. Gegenwärtig ist der Wahlkreis nationalliberal vertreten. Bei der letzten Wahl erhielt Ullmann (N.L.) 12 888 gegen 11 898 Stimmen, welche auf unseren Kandidaten Binkau Leipzig entfielen. Im Jahre 1890 hatte Genosse Albert Schmidt, bekannt aus dem Magdeburger Prozeß, zum ersten Male den Wahlkreis erobert. Der Bundesrat hat, wie wir schon kurz meldeten, auf Antrag des Reichstagslers beschlossen, den Eisenbahnpreis für beurlaubte Militärpersonen vom Felleisen abwärts von 1,5 Pfg. auf 1 Pfg. für den Mann und das Felleisen herabzusetzen. Diese Verringerung des Militärarbeits, wodurch die zur Zeit bestehende Unterscheidung in den Sägen für Militäre und für Urlaubereisen beseitigt wird, tritt am 1. April d. J. in Wirksamkeit, so daß die während der Feiertage beurlaubten Mannschaften die Fahrpreismäßigung schon genießen können. — Militärische Reformen giebt es auch in Deutschland. Während in Frankreich über die Herabsetzung der Dienstzeit und in England über eine gänzliche Neuorganisation des Heeres verhandelt wird, darf der Militärstaat auch in Deutschland nicht zurückbleiben. Richtig lesen wir auch in den Zeitungen: Mit Hoheitszeichen sollen nach einer Anweisung des Kaisers sämtliche neu einzuführende Hoheitszeichen der Infanterie versehen werden. — Der Gang zum Grabe der Märzgefallenen in Berlin wies eine auffallend starke Beteiligung auf. Bis Mittag waren gegen 200 Kränze niedergelegt worden. Der Bericht einer Festbelage der anarchischen Zeitschrift „Neues Leben“ über den Friedhof wurde verboten. Im übrigen verlief die Feier der Stadtverordnetenversammlung des Reichstages und der Stadtverordnetenversammlung der Reichstagswahlkreis, ohne Zwischenfall. — Aus Dortmund wird gemeldet: In Vorbeck, der Gemeinde im Landkreis Essen, die Hauptstraße der Steinkohlengrubenindustrie, ereignete sich Sonntag früh eine schwere Dynamitexplosion. Das Straßenpflaster ist aufgerissen, Häuser wurden beschädigt, Menschen nicht verletzt. Man vermutet eine Spitzelthat. — Der Generalvorstand deutscher Bädervereine „Germania“ hatte eine Audienz beim Grafen Bülow nachgesucht, um mündlich die bekannten Bedenken der Bädermeister gegen die angeordneten hygienischen Einrichtungen in den Bädern zum Ausdruck zu bringen. Vom Reichsanwaltamt ist jetzt dem Vorstand die Mitteilung zugegangen, daß der Reichsanwalt es ablehne, die Deputation zu empfangen. Der Vorstand hat darauf beschlossen, die in dieser Sache ausgearbeitete Petition dem Bundesrat sowie den Fraktionsvorständen des Reichstages zu übermitteln. Ob die Bädermeister nun auch nach bekanntem Mißer mit einer Revision ihrer monarchischen Gesinnung drohen werden? — Maximilian Harden, der Herausgeber der „Zukunft“ wird am 21. d. M. in Reichsgefängnis, die ihm von der Berliner Strafkammer im Oktober v. J. wegen Majestätsbeleidigung auferlegte sechsmonatige Festungshaft antreten. — Der italienische Unterstaatssekretär des Aussenwesens demontierte Sonntagabend in der Kammer das Zeitungsgericht, daß eine Anzahl süditalienischer Bauern für die englische Armee angeworben seien. Die Leute seien für Halifax (Kanada) engagiert. Auf den allgemeinen Wunsch der spanischen Industriellen wies der Finanzminister die Behörden an, künftig von allen Klüßtern, die industriell thätig sind, Steuern einzutreiben. — Nach dem Madrider „Imparcial“ sind die Wahlen für die spanischen gesetzgebenden Körperschaften auf den 6. Mai festgesetzt. Die Wahlen sollen am 10. Juni zusammenfallen. — Aus Petersburg wird gemeldet: Anlässlich eines Trauergottesdienstes für die vor zwei Jahren in der Peter Paulsfeier verstorbenen Studentin Petrowa veranstalteten Sonntag Studenten und Studentinnen eine Demonstration vor der Kaiserlichen Kathedrale. Gardetrotz, Gendarmen und Polizei zerstreuten die Manifestanten und nahmen zahlreiche Verhaftungen vor. Die Gerichte von vielen Schwerwundenen und Todten scheinen unbedrückt zu sein.

### Transvaal.

**Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.** Mit den sogenannten Friedensverhandlungen scheint es nicht mehr zu sein. Einem Telegramm aus Pretoria zufolge ist Sir Alfred Milner nach Johannesburg abgereist, d. h. doch wohl, er ist auf der Heimreise nach Kapstadt, falls er sich in die Westküste überhaupt zurückwagt. Mehrere Londoner Blätter stellen trauernd fest, daß die Wafferkriegung Botschaft noch lauge auf sich warten lassen wird. Womit wir zu vergleichen bitten, daß sie nach Angabe derselben Blätter am 27. Februar bereits formell erfolgt und von da ab in Intervallen von 3 bis 5 Tagen dreimal absolut gestrichelt war! — Dewets Kommando ist von Senegal in verschiedenen Theilen weitergegangen.

### Persien.

**Antidynastische Agitation.** Wie in Teheran, so betreibt die persische Geistlichkeit auch in Tabris, der Residenz des Thronfolgers, ihre antidynastische Agitation. Vier Tage nach dem Volksaufstand und den blutigen Straßenkämpfen in Teheran, woüber bereits berichtet wurde, wurde, wie man der „Fak. Ztg.“ über Petersburg meldet, an den Thoren des Hauses des obersten Geistlichen in Tabris ein Aufruf an das Volk angeheftet, worin mitgeteilt wird, daß der Schah Nuzaffer Eddin seit der Rückkehr von seiner europäischen Reise aufgehört habe, den Koran anzuerkennen und sich selbst als Muselman zu betrachten. Der Schah wolle unheilvolle Reformen einführen und alle frommen Perser zu Ungläubigen machen. Die Geistlichkeit sagt in dem Aufruf, sie sei berufen, den Glauben und die Gebote des Propheten zu schützen. Sie beschwört alle Anhänger des Islam, für den heiligen Glauben einzutreten. Der Inhalt des Aufrufs wurde rasch in der ganzen Stadt bekannt. Das Volk nahm ihn aber gleichmüthig auf, da es von den angeblich bevorstehenden Reformen nur Gutes für sich erwartet.

### China.

**Vom Chinawirrwarr.** Die „Berl. Korresp.“ meldet: Der englische Polizeiergeant, welcher im November in Shanghai einen Streifzug mit zwei deutschen Soldaten gemacht hatte, ist kürzlich vom dortigen englischen Gesandten gerichtlich freigesprochen. Der Shanghai Municipal Council entfernte ihn jedoch auf dem Disziplinarmege aus dem Polizeidienst, bedauerte den Vorfall und sprach den verletzten deutschen Soldaten ein Schmerzensgeld von 1750 Taels zu. — Aus Swatow meldet Wolffs Bureau: Auf Antrag des deutschen Konsuls wurde der Kreisvorsteher von Hsing wegen seiner christenfeindlichen Haltung und wegen Verschleppung deutscher Reklamationen abgesetzt. In Hsing wurden zwei an deutsche Feindlichen Ausschreitungen Beteiligte enthaupet, und in Changlo zwei weitere Mitschuldige verhaftet.

### Lüben und Nachbargebiete.

Dienstag, den 19. März 1901.

„Der Vorhang fällt, das Stück ist aus.“ Wie wir gestern bereits kurz mittheilten, und wie heute in dem Gesetz- und Verordnungsblatte schwarz auf weiß zu lesen, hat der Senat, einer anderen Regung, als dem eigenen Triebe, folgend, die **Streifposten-Verordnung aufgehoben.** Er kleidet seinen verpäteten Rückzug in nachstehende Mittheilung an die Bürgerschaft:

„Der dritte Straßentheil des Reichsgerichts hat am 4. Febr. d. J. ein Erkenntnis der Strafkammer III des Landgerichtes zu Hamburg, durch welches die Lübedische Verordnung vom 21. April 1900, betreffend das Verbot des Streifpostenstehens, für rechtmäßig erklärt worden war, aufgehoben und die gedachte Verordnung als dem Reichsgerichte widersprechend und daher nicht zu Recht bestehend bezeichnet.“

Abschriften der beiden Urtheile werden der Bürgerschaft hieneben vorgelegt. Für den Senat mußte die Erwägung, ob er die Gründe des Reichsgerichts sich anzueignen vermöge, zurücktreten vor der Frage, ob nicht mit Rücksicht auf die Autorität des höchsten Gerichts ohne Weiteres die Aufhebung der Verordnung geboten sei. Bei Prüfung der bezüglichen Fragen ist der Senat zu dem Schlusse gelangt, daß es unangemessen sein würde, der Reichsgerichtsentscheidung gegenüber die Stellungnahme der Lübedischen Gerichte und des Hanseatischen Oberlandesgerichts, welche mit der Verordnung sich zu befassen noch keine Gelegenheit gehabt haben, abzuwarten, daß vielmehr die Jurisdiktion der Verordnung angezeigt ist.

Mit Rücksicht auf die Verhandlungen der Bürgerschaft vom 25. Juli 1900 giebt der Senat ihr von diesem Beschlusse hien durch Kenntniß.

Es war durchaus angebracht, daß der Bürgerschaft, die für die Verordnung so lebhaft und so zielbewußt in's Geschick gegangen ist, nun auch in aller Form der ihr rechtmäßig zukommende Antheil an dem Unternehmergewinn ausgeteilt wurde. Auch dem Amtsbetriebe thut es wohl, daß es auf die klaffende Wunde, welche der Grundbesitzer zum Verlust mit der Gerechtigkeit, hoch das Unternehmervohl! seiner Reputation geschlagen, die Charpie eines hochwohlweisen Dekrets legen kann. Nicht ganz ein Jahr hat die Verordnung gelebt; in aller Stille ist sie beigelegt worden. Nicht einmal Zähne hat das arme Kind bekommen, geschweige denn gebissen. Angesichts dieser Thatfachen muß man doch wirklich fragen: Wessen Geschäfte haben denn eigentlich die Urheber der Verordnung besorgt?

**Achtung, Fußfänger!** Die Sperre über den Betrieb von Johs. Timm dauert fort!

**Achtung, Steinseher!** Zugang ist fern zu halten von Köppen, Wallhalbinsel und Kanalhafenstraße!

Die diesjährige Märzfeier, welche gestern Abend im Vereinslocale abgehalten wurde, war infolge des sehr schlechten Wetters nicht so stark besucht, wie die früheren. Immerhin hatten sich reichlich 700 Personen eingefunden, welche dem vortrefflichen Referate des Genossen Emil Fischer-Hamburg lauschten. Dieser schilderte in kerniger Form die Thaten der Märzkämpfer, den Verfall des Bürgerthums und das Erstarken des Proletariats an der Hand der geschichtlichen Thatfachen und erntete lebhaften Beifall.

Die **Lohnbewegung der Schneider** darf, soweit es sich übersehen läßt, in der Hauptsache als gütlich beendet bezeichnet werden. Nähere Angaben folgen noch.

**Rhedereprosite.** Aufsichtsrath und Vorstand der Hamburg-Amerikanischen Packfahrt-Aktien-Gesellschaft erstatten Bericht über das Geschäftsjahr 1900. Die Abrechnung ergibt einen Betriebsgewinn von **24 376 924,13 Mark**; nach Abzug der Zinsen auf die Prioritätsanleihe (510 000 Mark) bleiben **23 866 924,13 Mark**. Hieron sind verwendet zu Abschreibungen vom Werthe der Schiffe, zur Dotirung der Reserve-Affektur- und des Erneuerungskontos **15 459 532,83 Mark**. (1) Von dem sich ergebenden Restbetrage von 8 417 391,30 Mark verbleibt nach Abzug der statutenmäßigen Lantième ein Saldo von 8 000 000 Mark, welcher die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent auf das Aktienkapital oder von 100 Mark pro Aktie gestattet. Die „Börse“ bemerkt: „Absolut neu sind in dem diesjährigen Berichte die Informationen über diejenigen Verträge, die mit anderen Rhederei-Unternehmungen im verflochtenen Jahre geschlossen sind, Verträge, durch die der Hamburg-Amerika-Linie eine Antheilnahme an dem Verkehr nach so ziemlich allen Hauptrichtungen der Erde gesichert wurde; die Hamburg-Amerika-Linie hat sich dadurch gewissermaßen zu einer Weltlinie ausgestaltet. Daß diese Ausdehnung neue Mittel in Anspruch nimmt, ist selbstredend, den Erfordernissen wird durch Ausgabe einer 4 1/2 prozentigen Prioritäts-Anleihe im Gesamtbetrage von 27 1/2 Millionen Mark entsprochen, wovon zunächst nur 9 Millionen Mark zur Ausgabe gelangen. Die Abschreibungen, welche die Gesellschaft vorgenommen hat, müssen als recht reichliche bezeichnet werden (sic!), was naturgemäß der inneren Konsolidirung zu Gute kommt.“

Die vorliegende Bilanz weist einen Besitz von 95 Dampfern nach, von denen 12 sich im Bau befinden; in 419 Rundreisen (395 im Vorjahre) sind 166 539 Passagiere (101 975 Passagiere im Vorjahre) und 3 195 685 cbm Güter (3 033 887 cbm im Vorjahre) befördert worden.“ **Dreißig Prozent Geschäftsgewinn, aber nur — zehn Prozent Dividende!** Dagegen **Zwanzig Prozent „Abschreibungen“** etc. So wird's gemacht. Deutlicher kann der Schwindel der Rhederei von den „nicht einmal fünf Prozent Durchschnittsdividende“ bei der Rhederei und dem „sehr mäßigen Gewinn“ im Rhedereigebiet nicht illustriert werden. Es entgehen durch diese enormen „Abschreibungen“ dem Steuerfiskus rund 245 000 Mk.! Nebenbei sei erwähnt, daß der Direktor

**Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft** berichtet: „Im Laufe des Jahres 1900 haben unsere Dampfer im Ganzen 117 Reisen nach Brasilien, dem La Plata und dem Mittelmeer ausgeführt, deren Reingewinn nach angemessenen Abschreibungen (die Höhe der Abschreibungen wird verschwiegen) 1 200 108,60 Mk. beträgt; hiervon verwenden wir: für Lantième-Konto 74 959,57 Mk., für Saldo-Vortrag 149,03 Mk., zusammen 75 108,60 Mk., und stellen, nach Genehmigung durch die Generalversammlung, verbleibende 1 125 000 Mk. gleich 10 Prozent auf das Aktienkapital zur Verfügung der Aktionäre, welche Dividende mit 75 Mk. für die Aktien I. Emission und mit 150 Mk. für die Aktien II. und III. Emission vom 1. April d. J. ab bei der Norddeutschen Bank in Hamburg zu erheben ist.“ — Die Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Kosmos“ zahlt für 1900 eine Dividende von 15 Prozent! Auch ein Beweis von den „geringen Erträgen“ der Rhederei. — Der Flensburger Dampfer-Kompagnie verbleibt nach Abzug der Unkosten, Zinsen und Steuern ein Gewinn von 708 354 Mk. und nach reichlichen Abschreibungen und Ueberweisungen an den Reserve- und Erneuerungsfonds ein Reingewinn von 318 674 Mk. Es wird daher die Verteilung von 10 Prozent Dividende erfolgen. Die Erhöhung des Aktienkapitals auf 3 000 000 Mark ist inzwischen vollständig durchgeführt. Die Flotte der Dampfer-Kompagnie besteht aus 12 Dampfern mit etwa 34 300 Tonn Tragfähigkeit mit Bunker. — Arme Rheder!

Neuer eine Verwechslung im Gerichtssaal, die einem bekannten Hamburger Anwalt passierte und die gleichzeitig auf das heutige Rechtswesen ein eigenartiges Licht wirft, berichtet die bürgerliche Presse Folgendes: „Ein Einwohner hatte wegen irgend einer strafbaren Handlung Klage gegen eine andere Persönlichkeit erhoben, Strafantrag gestellt und schließlich den betreffenden Rechtsanwalt als Rechtsbeistand erwählt. Dieser letztere war gerade stark beschäftigt und sah sich daher, wie das oft geschehen soll, die Akten vor dem Termin gar nicht an, sondern entschloß sich, erst beim Termin durch die Verhandlung sich zu informieren. Das Gesicht seines Auftraggebers, sowie dessen Namen hatte er längst vergessen, obgleich der Name aus den Akten ersichtlich war. Zum Unglück kam er nun kurz vor der Verhandlung zufällig mit seinem Gegner, dem Angeklagten, in's Gespräch, und sagte dadurch die irrige Meinung, daß dieser die von ihm vertretene Persönlichkeit sei. Als die Verhandlung in das Stadium getreten war, in dem der Rechtsbeistand eingreift, ergriff auch der zerstreute Anwalt das Wort und donnerte los, aber nicht über den Angeklagten, sondern über seinen eigenen Klienten, den Kläger, an dem er kein gutes Haar ließ. Dem Amtsrichter kam die Sache höchst merkwürdig vor, er begriff natürlich das Ganze nicht. Das Resultat der vorzüglichen Verteidigungsrede, während welcher der Kläger aber vor Erstaunen und Wuth die Hände über dem Kopfe zusammenschlug, war natürlich, daß der Kläger mit seiner Klage kostenpflichtig abgewiesen wurde. Als das Urtheil gefällt war, wandte sich der vorsitzende Amtsrichter an den Rechtsanwalt und sagte zu diesem: „Herr Doktor, ich glaube, Sie haben sich etwas geirrt, denn es scheint mir, Sie haben Ihren Gegner verteidigt und Ihren Klienten hineingeritten.“ Der hineingefallene Kläger eilte natürlich sofort in's Bureau seines „Rechtsbeistandes“ und verlangte den geleisteten Kostenvorschuss zurück, der ihm auch bereitwillig zurückvergütet wurde. Wie erzählt wird, soll dabei die Unterhaltung recht lebhaft geworden sein und sich mehrfach in Nebenwunden bewegt haben, die man in Albertis Komplimentierbuch höchstwahrscheinlich vergeblich suchen dürfte.“

Zum zweiten Stellvertreter des Bürgerschaftswortführers ist an Stelle des verstorbenen Schlachtermeisters Stein einstimmig Kapitän S. A. Heitmann gewählt worden.

Die Bürgerschaft nahm in ihrer gestrigen Sitzung sämtliche 11 Senatsanträge ohne wesentliche Debatte an. Auf die Verathungen gehen wir in der morgigen Nummer ausführlicher ein.

Den Antiagrarienantrag, welcher gestern von der Bürgerschaft angenommen wurde, haben auch die beiden

Zeitungsvertreter, welche in unserem Parla-  
mente sitzen, Buchdruckerbesitzer Coleman (Gen.-Anz.)  
und Redakteur Heise (Eisenb.-Btg.) mit unterzeichnet.  
Vom Landgebiete unterzeichneten nur Vertreter von  
Schlutup, Travemünde und Wortwerf, welche als Fabrikanten  
bei Beurtheilung des Faktums nicht in Betracht kommen.  
Eine schnurrige Meldung bringt die „Eisenb.-Btg.“:  
Die Lübeckische Landgemeinde Ruffe fühlt sich so ver-  
nachlässigt, daß in ihr ein Unterschriftenbogen im  
Umlauf ist und auch Unterschriften findet, in dem der  
Senat ersucht werden soll, zu ermöglichen, daß Ruffe  
an Stelle der Lübeckischen die Preussische  
Staatsoberhoheit bekommt! — Das klingt  
ja fürchterlich revolutionär!

Die Sattler sind in den Zwangsinnungs-  
sattel gestiegen. Obermeister ist Herr Koeppke. In  
den Gesellen- und Herbergsauschuß sind  
die Herren Busson und Kruse gewählt worden.  
Praktische Bedeutung hat die Gründung natürlich nicht:  
ein vollbesetzter Stammtisch!

— Aus dem Barbier- und Friseurgewerbe. Wie  
uns mitgeteilt wird, soll in nächster Zeit eine kleine  
Erhöhung der Preise eintreten; es wurde der  
Minimalpreis für Rasiren 15 Pfg. betra-  
gen u. s. w. Die Prinzipale haben beschlossen, gleich-  
zeitig eine allgemeine Aufbesserung der Ge-  
hülfselöhne eintreten zu lassen. Eine zu diesem  
Zweck eingesetzte Kommission hat mit den Arbeitnehmern  
Verhandlungen gepflogen, die zu einem befriedigenden Er-  
gebnis geführt haben. Die Barbier hoffen, daß ihre  
Bestrebungen auch bei der Arbeiterschaft gewürdigt und  
daß anerkannt werde, daß die Meister bei den heutigen  
Preisen, welche seit den 70er Jahren gelten, nicht  
wohl bestehen können. Sie erwarten ferner, — und diese  
Erwartung müssen wir als eine vollumfängliche berech-  
tigten anerkennen — daß die hiesigen Geschäfte geschloffen  
vorgehen und daß nicht Einzelne durch billigere Arbeits-  
leistungen ihren Kollegen Schaden zufügen. In anderen  
Städten hat bei einmütigem Handeln die Sache sich  
ganz von selbst geregelt; also wird es auch hier gehen.  
— Bezüglich der seit langem erwarteten Medizinal-  
verordnung hört man noch nichts Gewisses. Ob  
man ein Haar in dem Berdornen gefunden hat? In  
vielen anderen Städten bestehen bereits gesundheitspolizei-  
liche Vorschriften für das Barbiergewerbe, und auch die  
hiesigen Geschäftsinhaber sind sicher Alle gerne bereit, alle  
billigen Ansprüche hinsichtlich der allgemeinen Wohlfahrt

zu erfüllen, sobald entsprechende zweckmäßige Anordnungen  
getroffen werden.

## Zuzug ist fernzubalten

von  
**Schneidern** nach: Kiel, Bremen, Bergedorf.  
**Brauerarbeiten** aller Branchen nach: Kiel,  
Bremen.  
**Töpfern** nach: Kiel, Wilhelmshurg (Vord.).  
**Textilarbeitern** nach: Rendsburg.  
**Maurern** nach: Rendsburg, Penzlin, Gra-  
bow, Bremen (Gerrigen), Hemelingen  
(Strenanflaß).  
**Gärtnern** nach: Hamburg-Altona und Umgegend.  
**Tischlern** nach: Elmshorn, Doberan.  
**Bergoldern** nach: Grabow.  
**Metallarbeitern** nach: Bremerhaven (Seebeck).

Der „Reichsanz.“ schreibt: Das königliche Meteoro-  
logische Institut in Berlin beabsichtigt eine eingehende  
Untersuchung über die Verbreitung des Staubfalls  
vom 1. März auszuführen. Es ist daher in hohem  
Grade erwünscht, daß von möglichst vielen Orten genaue  
Angaben über diese Erscheinung an das Institut in  
Berlin W. 56, Schinkelplatz Nr. 6, eingesandt werden.  
Die Mittheilungen sollen Angaben über die Zeit des  
Beginns des Staubregens, seine Dauer, über die Farbe  
der Rückstände des Niederschlags und über andere dabei  
beobachtete ungewöhnliche Erscheinungen enthalten. Auch  
würde es von Werth sein, wenn noch Staubproben zur  
mikroskopischen Untersuchung zur Verfügung gestellt werden  
könnten.

— Ein eigenartiges Mißgeschick waltet über dem  
Personale der Weinfirma B. Stöckerhoff in der  
Wengstraße. Während vor einiger Zeit der Arbeitsmann  
Wicken so unglücklich von einem Fasse stürzte, daß er  
bald darauf seinen Geist aufgab, hatte vor mehreren  
Tagen der 19-jährige Buchhalter Meck das Mehlrohr  
sich mit einem zerlegbaren Jagdgewehr, das ein Küfer  
in einem Verschlage im Keller aufbewahrte, zwei Kugeln  
in den Kopf zu jagen. Die eine ging an der Seite durch  
das Auge, das Augensicht vollständig zerstörend, die  
andere blieb im Kopfe stecken, konnte jedoch im Kranken-  
hause, wohin der Verletzte transportirt wurde, glücklich  
wieder entfernt werden. W. befindet sich auf dem Wege  
der Besserung.

Uebersicht der Geborenen und Gestorbenen in der Stadt  
Lübeck im Monat Februar 1901. Geboren sind 186 Kinder,  
davon 89 männlichen, 97 weiblichen Geschlechts, todtgeboren

1 Knaben, 2 Mädchen. Gestorben sind 61 Personen männlich,  
60 weiblichen Geschlechts, in Summe 121. Demnach Ueberleb-  
en Geburten 28 resp. 37, insgesammt 65. Auf 1000 Einwohner  
waren 26,74 Geburten, 17,40 Sterbefälle zu verzeichnen. Von d.  
Gestorbenen waren alt bis zu 1 Jahre 26, von 1—5 Jahren 1  
bis zu 10 Jahren: 8, bis zu 15: 2, bis zu 20: 1, bis zu 30:  
bis zu 40: 6, bis zu 50: 8, bis zu 60: 10, bis zu 70: 15, bis  
zu 80: 16, bis zu 90: 7, über 90 Jahre: 1. Die Todesursache  
war Diphtherie in 6, Keuchhusten in 1, Tuberkulose in 12, Lunge-  
entzündung in 8, entzündliche Krankheiten der Athmungsorganen  
in 7, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall und Atrophie d.  
Kinder in 5, Folgen des Wochenbetts in 0, Krebs in  
angeborene Lebensschwäche in 6, Altersschwäche in 9, Unglücks-  
fälle in 1, Selbstmord in 1, Gelenkrheumatismus in 1, Herzleiden in  
Krämpfe in 3, Nierenleiden in 3, Wasserhucht in 0, Schlagflaß  
6, Typhus in 1, Malaria in 6, Scharlach in 0, Milzbrand in  
sonstige Krankheiten in 24, unbekannt in 8 Fällen. Von d.  
Gestorbenen entfielen auf die Stadt 54, Vorstadt St. Jürgen 1,  
St. Lorenz 21, St. Gertrud 7, die Krankenanstalten 17.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargemeinden  
Die Theaterarbeiter in Hamburg fordern: „Für die  
festangestellten Leute, die 13 bis 14 Stunden täglich — auch Son-  
tags — arbeiten müssen, soll der Minimallohn monatlich 120 M.  
betragen, so daß der Tagelohn nur 4 Mark beträgt. Die Nach-  
arbeit soll mit 60 Pfg. pro Stunde vergütet werden. Außerdem  
werden für diese Arbeiterkategorie zwei freie Tage im Monat ver-  
langt für die Hülfs- und Abendarbeiter wird ein Stundenlohn  
von 50 Pfg. gefordert.“ Bisher betrug der Tagelohn im Durch-  
schnitt 3 Mark. Soldaten, die an Stelle der Unselbständigen  
traten, wurden auf erhobene Beschwerde zurückgezogen. Am Streik  
betheiligten sich 97 Personen, und zwar von der Centralhalle 8  
vom Altonaer Stadttheater 18, vom Hamburger Stadttheater 34  
Thalia-Theater 13 und Neuen Schauspielhaus 24. Das Carl-  
Schulke-Theater gilt als geregelt. — Die Schneider in  
Bergedorf treten am 1. April in den Streik ein, falls bis  
dahin die geforderte Lohnerhöhung von 10 Prozent nicht bewilligt  
ist. — Die Lohnbewegung der Bauhandwerker in Langen-  
felde-Stellungen ist friedlich beendet, nachdem die Meister  
vom 1. 7. 1901—15. 8. 1903 bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit 65 Pfg.  
Stundenlohn bewilligt haben.

Reine Chronik der Nachbargemeinden. In Mülin wurde  
gestern Kaufmann Aug. Grube zum Stadtrath gewählt. — In  
Kiel wurde der Arbeiter Paasch von einem schwerbeladenen  
Lastwagen überfahren und getödtet. — Der Hamburger Ober-  
ingenieur und bekannte Stadtbaumeister Andreas Meyer,  
unter dessen Leitung die großen Freihaufen- und Hollandschiffhaufen  
entstanden sind, ist in Müllungen gestorben. —  
In dem Steuerraum des der Amerika-Linie gehörigen Dampfers  
„New-York“ explodirte am 14. d. M. ein zur Kühlanlage ge-  
höriger Ammoniakbehälter, wodurch drei Personen verletzt wurden,  
von denen zwei starben. Der Raum füllte sich mit Dämpfen,  
welche sich nach der zweiten Kabine zogen, von deren Insassen  
drei Personen erkrankten. — In Fendorf bei Krosod tödtete sich  
der Arbeiter Schomaker beim Kräftenschieben durch Unvorsich-  
tigkeit. — In Eichenhof bei Dargau brannte das Wohnhaus  
des Wäldners Blohm total nieder.

Altona. Der Majestätsbeleidigungs-  
prozeß gegen die Genossen Thomas und Doelge  
kam gestern vor der hiesigen Strafkammer unter Aus-  
schluß der Öffentlichkeit zur Verhandlung. Begangen  
haben sollen die beiden Angeklagten, von denen Thomas  
wegen sozialistischer Straftaten mit einem Jahre  
Gefängnis bestraft ist, die Beleidigung durch ein Flug-  
blatt gegen die Welt- und Wasserpolitik, welches Thomas  
verantwortlich zeichnete und Doelge verbreitet haben soll.  
Das Urtheil lautete auf sechs bezw. drei Monate  
Gefängnis!

### Briefkasten.

Parteilag-Komitee. Mittwoch 8 1/2 Uhr.

## Johannes Russow, Tapeten und Borden, Mühlenbrücke 4.

Heinr. Körner  
Meta Körner geb. Stelly  
Sermähle.  
Lübeck, den 16. März 1901.

Sonntag früh 3 1/2 Uhr nach langer  
schwerer Krankheit meine liebe Frau  
**Luise Wilhelmine Vogt**  
geb. Kewoldt  
im 53. Lebensjahr. Sie hinterläßt von  
mir, meiner Kinder und Verwandten  
Lebenseifer am Mittwoch Vorm. 8 1/2 Uhr.  
Die Beerdigung findet am 8 1/2 Uhr vom  
Friedhof, Hof 24, aus statt.  
**Theodor Vogt.**

Für die vielen Aufmerksamkeiten zu unserer  
Hochzeit hiermit meinen herzlichsten Dank.  
**H. Körner und Frau.**

Zu verm. ein möbl. Parterre-Zimmer, Preis  
2,50 M. Näh. Blankenb. 27, dort.

Durch Anfall zum 1. April der Kasse ent-  
sprechende Wohnung zu vermieten. Preis  
20 M. Näheres in der Expedition d. Bl.

Gesucht ein einzeln möbl. Zimmer  
zum 1. April, zwischen Mariesgrube u. Domkirch-  
hof u. Preisung unter B 3 an d. Exp. d. Bl.

Durch Anfall zum 1. April eine kleine  
Wohnung, Preis 135 M. an ruhige Leute.  
Näheres Befrag. des. Haus 1 und 2.

Logis für einen jungen Mann.  
Schwarzenb. Allee 59, 2. Etg.

Zu verkaufen  
ein gebrauchtes Fahrrad.  
Zu sehen von 7 Uhr Abds. Vorbes. 2 a, 1.

Ein schwarzer Hund und Hefe  
zu verkaufen. Hüttenb. 2 a.

Eine reizvolle Lage zu verkaufen.  
Zu zeigen Gladbeckstr. 23, 1. Etg.

Gesucht ein kräftiges Sanjwädhren.  
Schwarzenb. Allee 23.

## Engelsgrube 53 H. Mohr Schwöbelenquerstr. 1

**Möbel-Ausstattungs-Geschäft**  
empfiehlt sein  
grosses Lager in Mobilien, einfach und elegant.  
Großartige Auswahl. — Dauerhafte Arbeit. — Billige Preise.  
Verkauf auf Wunsch auch auf Theilzahlung. Ansicht gerne gestattet.

Gesucht ein  
**Tabakspinner-Lehrling.**  
Näheres Augustenstraße 16.

Fächliche  
**Tapeziergehülfen**  
für dauernde Beschäftigung.

**Folckers Möbel-Magazin,** Maries-  
grube 25.  
Ein verheiratheter Tischler  
zum Anspolieren.

**Folckers Möbel-Magazin,** Maries-  
grube 25.  
H. Magnum bonum - Kartoffeln  
50 Pfg., empfiehlt  
H. Böttcher, Reiferstraße 14.

Unterzeichnete empfiehlt sich in allen  
**Polster- und Tapezierarbeiten**  
in und außer dem Hause bei feiner und reeller  
Behandlung. Hochachtungsvoll  
J. B. Wagner, Tapezier, Gruesenstraße 15.

**Visit-Karten**  
auf ff. Eisenblechkarton  
per 100 Stück von 1 Mk. an  
Liefert prompt und sauber  
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.  
Johannisstraße 50.

**Magdebg. Sauerkohl**  
per Pfund 10 Pfg., empfiehlt

**Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.**

**Salzgurken**  
Stück 5 Pfg.  
empfiehlt

**Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.**

Noch viel zu unbekannt  
am Plage ist mein

**Milch-Kaffee**  
Pfund 60, 80 und 100 Pfg.  
Obige Mischung besteht aus wirklich  
rein schmeckendem gemahltem Kaffee mit  
feinstem Surrogat gemischt, bedeutend  
reichschmeckender als reiner Bohnen-Kaffee  
zu gleichem Preise.

**H. Bülck**  
Fernsprecher 149.

## Möbel-Fabrik Hintze & Stech, Lübeck.

Empfehlen:  
Polstermöbel, furnirte u. lackirte Möbel,  
Spiegel, Stühle, Matratzen etc.  
Directer Verkauf an Private in der Fabrik  
**Moislinger Allee 60.**

## Confirmations- Karten

in großer Auswahl.  
**Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.**

**Margarine**  
von Klatt & Dittmann in Hamburg.  
Verkaufsstellen erkenntlich durch Plakate.  
Lager und Vertreter:  
Leopold Dose, Lübeck, Breitestr. 3.

## Gemischte Marmelade

von heute an  
1 Pfd. 40 Pfg., 2 Pfd. 75 Pfg.  
**Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.**

## Stadt-Theater

Mittwoch 7 Uhr.  
(168) 131. Abonn.-Vorst. 19. Mittwoch Sabonn.  
Neuh. Neuh. Neuh.

## Winterschlaf.

Drama von Max Dreher.  
Donnerstag den 21. März 1901.  
Zum letzten Male.  
**Flachsmann als Erzieher.**

## Her mit dem Buchhausgesetz!

Die „Frankfurter Tagespost“ in Nürnberg bringt ein außerordentliches geheimes Rundschreiben des hiesigen Glasfabrikanten Hebe, auf dessen Verlangen in Nürnberg und Schauenstein beabsichtigt, etwa 2000 Glasarbeiter im opfermüthigen Kampfe für bessere Arbeitsbedingungen auszuheben, an seine Kollegen und an den Grafen Posadowsky, das die Regierung scharf zu machen versucht und nach einem Buchhausgesetz schreibt.

Es heißt darin: Die Regierung muß sich sagen, daß, wenn die private Industrie unter die Herrschaft der Sozialdemokratie kommt, der Regierung die gleiche Gefahr droht. Ist die Industrie unter die Staatsbetriebe sich auch nicht mehr lange der Selbstständigkeit zu erfreuen haben. Die staatlichen Betriebe würden von den sozialdemokratischen Führern unbedingt abhängig werden. Wenn erst die jetzige Vorläuferin, die Industrie, gefallen sei, würden die Arbeiter durch Streik und Kauferei zu Nichtsthuern erzogen und nur durch den sozialdemokratischen Führern gutes Leben durch Arbeitergroßen möglich zu machen.

Der Streik sei der Untergang des schönen Wertes, weil die Arbeiter unendlich weitgehende Freiheit fordern. Der Ruin der Arbeiter seien die Versammlungen, worin sie durch Bier und Schnaps erheitert, mit sozialdemokratischen Reden von den gewerksmäßigen Hebern in ihrer ganzen Denkart vergiftet würden. Ein Unglück ist es, daß das Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen von der Regierung nicht durchgedrückt werden konnte. Wenn nichts mehr gegen das Vorgehen der sozialdemokratischen Heber getan wird, dann geht die deutsche Industrie ihrem Untergang entgegen, denn wo die Arbeiter die Verwaltung der Werke beherrschen, kann keine Industrie prosperieren.

Es handelt sich um Streiks der Glasarbeiter in den Hebeschen Werken Nürnberg, Schauenstein und Gerresheim. Sie waren die Folge von Maßregelungen organisierter Arbeiter. In Gerresheim sind 32 organisierte Arbeiter nach und nach an einen Ofen dirigiert und durch Ausschließen auf die Straße gesetzt worden. Kommerzienrat Hebe hat ihnen — der reine Hohn — Arbeit durch den Centralarbeitsnachweis der Glasindustriellen in Hamburg, welchen Weg aber die Gemeindegelben verschmähten. In Nürnberg wurde den Streikenden seitens des Bürgermeisters angekündigt: „Wer die ihm von uns nachgewiesene Arbeit und Wohnung auf den Glasfabriken nicht annimmt, hat jeden Anspruch auf Hilfe von Seiten des Ortsarmenverbandes verwirkt und wird auch in keinem Falle Hilfe finden.“

Geilzeitlich versicherte er die Arbeitswilligen des vollen polizeilichen Schutzes. Endlich hat der Bürgermeister während der Dauer des Streiks die Polizeistunde für alle Wirtschaften auf 10 Uhr Abends festgesetzt.

Der Kampf in Nürnberg hat am 27. Februar begonnen, nach Ablauf der Kündigungsfrist; die Zahl der Streikenden beträgt insgesamt 2000 Arbeiter, davon sind 386 Familienväter. Und was fordern die Streikenden: Wiedereinstellung der gemäßigten Kollegen, Beendigung des Streiks auf der Schwesterhütte Schauenstein durch Zuhilfenahme der Nürnberger Lohn- und Wohnungsverhältnisse, den Pflögern die bereits zugewilligte Mietheenschuldigung von 60 Mark ohne Bedingungen zu gewähren, dem Arbeiterausfluß das Recht zu gewähren, falls ihm etwaige Kündigungen als Maßregelungen vorkämen, darüber bei der Direktion vorstellig zu werden.

Sämtliche Glasarbeiter, die in den Fabrikwohnungen

wohnten, haben diese geräumt und anderweitig Unterkommen gefunden. Nunmehr scheint man die Arbeiter aus hungern zu wollen, denn vier Wannen sind ausgebleicht, eine ist theilweise eingestürzt.

Dies ist der Sachverhalt; es dreht sich um einen gerechten Kampf gegen das Hebesche Willkürregiment. Die Kundgebung des Herrn Hebe ist ein Noth- und Wuthschrei nach der rohen Gewalt, nach dem Buchhausgesetz, nach der Niederwerfung der Arbeiter, weil er für seine Profit- und schmächtlichen Beschimpfungen der Sozialdemokratie und der organisierten Arbeiterschaft zeigen, auf welcher tiefer Stufe dieser zeitgemäße großkapitalistische Plasmacher steht. Er wirkt mit seinem Bauwau: Manifest, das im Schauerromantischen die furchtbaren Katastrophen für Staat und Gesellschaft prophezeit und Ausnahmegeetze heischt, weil — die Arbeiter der Firma Hebe streiken, geradezu grotesk. Herr Hebe, das verkörperte Scharfmacherthum in seiner höchsten Verblendung, will, ein rasender Roland der Profitgier, mit Blut und Eisen, mit Entrechtung und Vergewaltigung die Arbeiterschaft niederknüppeln, und die Forderungen der Hebeschen Arbeiter sind, wie oben dargelegt, doch wahrlich bescheiden genug. Soll diese Kundgebung des Herrn Hebe eine Todtenfeier für den König Stumm sein?

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Die Berliner Geschirrsattler sind in eine Lohnbewegung eingetreten; sie fordern: 1) Neunstündige Arbeitszeit, Sonnabends eine Stunde früher Feierabend ohne Lohnabzug; 2) ein Minimallohn von 24 Mk., im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 19,50 Mk.; 3) zu den jetzt gezahlten Löhnen einen Zuschlag von 15 Prozent für Lohnarbeiter, 20 Prozent für Aufscharbeiter; 4) für Ueberarbeiten 25 Prozent Zuschlag; 5) Abschaffung der Heimarbeit; 6) Bezahlung der gesetzlichen Feiertage; 7) Freigabe des 1. Mai. — Beendet ist die allgemeine Lohnbewegung der Barbier-Gehilfen Charlottenburgs. Die Verhandlungen der Lohnkommission der Gehilfen mit der Vertreterschaft der Arbeitgeber haben zu einer Einigung auf der Basis eines Minimaltarifs geführt. Dieser Tarif repräsentiert die — etwas herabgesetzten — in Berlin aufgestellten Forderungen. Die Gehilfenschaft hat sich bereits mit den Abmachungen einverstanden erklärt, die Zustimmung der Arbeitgeberschaft erfolgt in einer dieser Tage stattfindenden Generalversammlung. — Die Maurer in Halle a. S. haben in einer gut besuchten Versammlung abermals beschlossen, den Streik fortzusetzen. Es entbehrt nicht eines gewissen Humors, daß es einigen Arbeitswilligen anscheinend unter der Polizeiaufsicht auf die Dauer ungemüthlich wird. So meldete man dem Streikkomitee, daß fünf Maurer, die bisher an der Wandvertheidigungskammer arbeiteten und täglich von der Wuchererstraße mittelst polizeilicher Eskorte zum Bauplatz geleitet wurden, die Arbeit niedergelegt haben, weil der betr. Maurermeister sich nicht dazu bequemen wollte, den polizeilichen Schutz abzulehnen. Da sie auf Kündigung ange stellt sind, klagen sie vor dem Gewerbegericht auf rückständigen Lohn, den ihnen der Meister vorenthält. Jedenfalls ist es doch sehr originell, wenn Arbeitswillige streiken, weil sie des polizeilichen Schutzes überdrüssig sind. Die Polizeibehörde sollte die entsprechende Konsequenz daraus ziehen. — Die Vorstände von 43 unter insgesamt 85 in Marseille bestehenden Arbeiterverbänden drohen, der „Frankf. Btg.“ zufolge, sich dem Hafenstreik anzuschließen, falls die Unternehmer fortfahren, die Unterhandlungen abzulehnen. — Die Vergleute der Anthracitregion in den Vereinigten Staaten beschließen den Streik, sofern nicht vor dem 1. April die Arbeitgeber das Koalitionsrecht anerkennen.

**Große Arbeiterentlassungen** auf den industriellen Werken des Westens werden für die nächste Zeit angekündigt.

Die Stumm'schen Werke z. B. haben schon seither für drei bis 4 Millionen Mark Roh Eisen über den Bedarf hinaus auf Lager produziert, um Arbeiterentlassungen nach Möglichkeit zu vermeiden. In den Schudertwerken in Nürnberg sind im Verlaufe der letzten Monate 1600 Arbeiter entlassen worden. Weitere 1000 Mann sollen noch in der nächsten Zeit entlassen werden.

**Versammlungsverbot.** Eine am Freitag Abend einberufene Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Leipzig-Ost, in der der Genosse Manfred Wittich einen Vortrag über das Thema „Märzereinerungen“ angekündigt hatte, wurde polizeilich verboten. Das Verbot erfolgte auf Grund des § 5 des sächsischen Vereinsgesetzes, weil „in der Versammlung die 1848er Revolution und die Pariser Kommune gefeiert werden sollte.“ Eßt sächsisch!

**Unter schimmern Verdacht.** Genosse Opificius in Pörsheim wurde am Donnerstag verhaftet unter der Beschuldigung, als Geschäftsführer eines dortigen Konsumvereins Unterschlagungen begangen zu haben. In dieser Sache ist aber schon vor einigen Tagen von der „Frankfurter Zeitung“ mitgeteilt worden, daß es sich um einen falschen Verdacht handele und daß eine Prüfung der Bücher durch Sachverständige ergeben hat, daß nur grobe Fehler in den Büchern, aber kein wirkliches Defizit vorliegen. Es wird also abzuwarten sein, welche Gründe für die nachträgliche Verhaftung maßgebend gewesen sind. Öffentlich erweist sie sich als unbegründet. — Der Mannheimer „Volksstimme“ wird von genau informierter Seite berichtet, daß Opificius nichts mit der Buch- oder Rassenführung zu thun gehabt habe. Man wird also abwarten müssen, bis Näheres über die Gründe der Verhaftung vorliegt.

**Freigabe des 1. Mai für die Schulkinder.** Die Zentralschulpflege der Stadt Zürich hat durch einen diplomatischen Beschluß die jedes Jahr aufgetauchte Frage der Freigabe des 1. Mai für die Schulkinder gelöst. Sie hat beschlossen, den Beginn des Sommersemesters auf den 2. Mai festzusetzen, so daß die Kinder ungehindert die Maifeier mitmachen und so die Osterferien würdig abschließen können. Da früher die Anträge auf Einstellung des Unterrichts am 1. Mai immer abgelehnt worden waren, mußten sich die Eltern, welche ihre Kinder zur Maifeier mitnehmen wollten, wegen Abwesenheit derselben bei den Lehrern entschuldigen.

**Die Lage des Arbeitsmarktes** bleibt unverändert trübe. An den öffentlichen Arbeitsnachweisen Deutschlands, soweit sie an die Berichterstattung der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ angeschlossen sind, drängen sich im Februar um je 100 offene Stellen 146,8 Arbeitssuchende (gegen 113,1 im vorigen Februar). Während im Februar v. J. in den Krankenkassen die Zahl der Beschäftigten noch um 0,5 Prozent zunahm, ist sie diesmal um 1,3 Prozent zurückgegangen. Im Mittelstand der kritischen Erscheinungen steht nach wie vor die Lage der Metall- und Maschinenindustrie, in der die Spannung zwischen niedergehenden Preisen für Fertigerwaren und hochgehaltenen Preisen für Rohstoffe immer mehr beängstigende Wirkungen hervorruft. Schon wenden sich in einzelnen Fällen die Rückschläge gegen die Rohstoffproduzenten selbst. Die Einschränkung der Produktion auf den Hüttenwerken des luxemburgisch-lothringischen Bezirkes deutet auf den Umschwung selbst in der Roheisenindustrie. Dazu kommen die Betriebseinschränkungen der süddeutschen Baumwollspinnerei, die Stockung im Baugewerbe, die handelspolitischen Bestimmungen gegenüber Rußland u. a. m. Die Befürchtung, daß die Belebung des Geschäfts im Frühjahr ausbleiben wird, wächst nach dem Urtheil der genannten Zeitschrift um so stärker, je länger die Rohstoffsyndikate in der Eisenindustrie sich weigern, die Preise herabzusetzen.

## Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** Die „Schlesische Zeitung“ meldet aus Reuthen: Infolge eines Unfalles beim Einhängen

## Der Kampf des Lebens.

Eine Liebesgeschichte von Charles Dickens.

(5. Fortsetzung.)

„Leben Sie wohl, Alfred!“ sagte der Doktor. „Bon erstem Briefwechsel, oder erster Zuneigung und Verpflichtung und so weiter in dieser — ha, ha, ha! — Ihr wißt, was ich sagen will — zu sprechen, das wäre natürlich eine Thorheit. Ich kann bloß sagen, daß, wenn Sie und Marion desselben närrischen Sinnes bleiben, ich gegen Sie als Schwiegersohn, wenn die Zeit kommt, nichts einwenden werde.“

„Auf der Brücke!“ rief Britain.

„Mag sie kommen!“ sagte Alfred, und schüttelte dem Doktor herzlich die Hand. „Denken Sie manchmal an mich, mein alter Freund und Vormund, so ernst als es Ihnen möglich ist! Leben Sie wohl, Mr. Snitchey! Leben Sie wohl, Mr. Craggs!“

„Sie kommt die Straße herab!“ rief Britain.

„Einen Kuß von Clemency Newcome alter Bekanntschaft wegen — die Hand her, Britain — Marion, theuerstes Herz, leb' wohl! Schwester Grace, vergiß nicht!“

Die mütterliche Gestalt und das in seiner heiteren Ruhe so schöne Gesicht wendete sich ihm zu; aber Marion's Auge konnte sich nicht von ihrer Schwester wenden.

Die Kutsche war vor der Thür. Das Gepäck wurde hinaufgegeben. Die Kutsche rollte weiter. Marion regte sich nicht.

„Er winkt dir mit dem Hut, Liebe“, sagte Grace. „Dein Bräutigam, theures Herz. Sieh!“

Die jüngere Schwester sah auf und wandte auf einen Augenblick das Haupt. Wie sie aber dann zum ersten Male dem vollen Blick dieser ruhigen Augen begegnete, fiel sie der älteren schluchzend um den Hals.

„O Grace, Gott segne dich! Aber ich kann es nicht sehen, Grace! Es bricht mir das Herz entzwei.“

## Zweiter Theil.

Snitchey und Craggs hatten eine hübsche kleine Expedition auf der alten Walfstatt, wo sie ein hübsches kleines Geschäft betrieben und viele kleine Schlachten für viele streitende Parteien fochten. Obgleich man eigentlich nicht sagen konnte, daß diese Kämpfe leichte und muntere Tirailleur-gesichte waren, — denn sie verliefen in der Regel sehr langsam und schwerfällig — so konnte man doch den Antheil der Firma daran insofern unter dieser Fachtart klassifizieren, als sie jetzt einen Schutz auf diesen Klager, dann eine Kugel auf jenen Vertheidiger absandten, jetzt mit aller Macht über ein unter Sequestration stehendes Grundstück herfielen, und dann wieder ein Scharmügel mit einem irregulären Korps kleiner Schuldner hatten, gerade wie sich die Gelegenheit darbot und der Feind sich ihnen entgegenstellte. Für sie war eben so wie für berühmtere Leute die Gazette ein wichtiges und höchst interessantes Blatt; und von den meisten Aktionen, in denen sie ihr Feldherrntalent gezeigte, sagten die Fechtenden später aus, daß sie wegen des vielen Qualms, von dem sie ungeben gewesen, nur sehr schwer sich hätten erkennen und kaum hätten sehen können, was sie eigentlich machten.

Die Expedition der Herren Snitchey und Craggs lag sehr bequem auf dem Markte hinter einer offenen Thüre und zwei glatten abwärtsführenden Stufen, so daß der erzürnte Pächter, der nach einem Prozeß verlangte, mit der größten Leichtigkeit hinein stolpern konnte. Ihre Konferenzen hatten sie in einem Hinterzimmer eine Treppe hoch, mit einer niedrigen dunklen Decke, als ob es die Brauen in düsterem Nachdenken über verwickelte Rechtspunkte zusammenzöge. Sein Meublement bestand aus mehreren Lederstühlen mit hohen Lehnen, besetzt mit großen runden Messingnägeln,

von denen einzelne ausgefallen, vielleicht auch von dem bewußtlosen Finger verwirrter Klienten herausgezogen worden waren. Außerdem sah man einen Kupferstich von einem berühmten Richter, der mit jeder Locke seiner großen Perücke einem Menschen die Haare hatte zu Berge stehen machen. Papiere füllten bollenweise die staubigen Schränke, Regale und Tische; und das untere Gefäß war verdeckt von Reihem feuerfester Kisten, mit Vorlegetiseln und großgeschriebenen Namen, die erwartungsvolle Klienten durch einen unbarmherzigen Zauber sich gezwungen fühlten, vorwärts und rückwärts zu buchstabieren, während sie scheinbar Snitchey und Craggs zuhörten, ohne ein Wort von dem, was diese sagten, zu verstehen.

Snitchey und Craggs waren Beide verheiratet. Snitchey und Craggs waren die besten Freunde von der Welt und schenkten einander wirkliches Vertrauen; aber wie es nicht selten im Leben geschieht, betrachtete Mrs. Snitchey aus Grundsatze Mr. Craggs mit argwöhnischen Augen und dasselbe that in Bezug auf Mr. Snitchey Mrs. Craggs. Mit deinem Snitchey, pflegte letztere Dame zuweilen zu Mr. Craggs zu sagen; ich weiß gar nicht, was du mit deinem Snitchey willst. Du verläßt dich viel zu sehr auf deinen Snitchey, sage ich, und ich hoffe nur, du mdgest nie auf eine andere Weise davon überzeugt werden. Dagegen äußerte Mrs. Snitchey gegen ihren Mann über Craggs, daß, wenn er sich jemals von einem Menschen auf Abwege führen ließe, es durch diesen Mann geschehen würde; und daß, wenn ein Mensch ein falsches Auge habe, Craggs es sei. Trotzdem waren sie aber doch im Ganzen recht gute Freunde, und zwischen Mrs. Snitchey und Mrs. Craggs bestand ein enges Schutz- und Trutzbündniß gegen die Expedition, die in ihren Augen eine Glaubenskammer und ein gemeinschaftlicher Feind voll gefährlicher und geheimnißvoller Machinationen war.

Und doch erbauten in dieser Expedition Snitchey und Craggs ihren Hönig. Hier standen sie zuweilen an schönen

eiserner Röhren wurden auf einer hiesigen Grube ein Arbeiter getödtet und drei schwer verletzt. — In Schneidemühl hat sich dieser Tage der einundachtzig Jahre alte Rentier Heinrich Weiland erschossen. Als Beweggrund zu der That wird bekannt, daß unmittelbar nach dem Anschlag auf den Kaiser Weiland geäußert hat, der Mörder Arbeiter Dietrich Weiland sei ein Enkel von ihm, und diese Schmach könne er nicht überleben. In der That hat der ohnehin schon hochgradig nervöse alte Mann diese Drohung jetzt wahr gemacht. Uebertriebenes Ehrgefühl! — Ein sechsfacher Kindesmord ist bekanntlich vor einiger Zeit auf dem Gute Schwantes- hagen bei Wollin i. P. entdekt worden. Die dieser schreck- lichen Morde beschuldigte und gefänglich eingezogene Wirth- schafterin, separirte Frau Sell, hat nunmehr ein umfassendes Geständniß abgelegt. Danach hat sie die unglücklichen kleinen Wesen, deren Leichen im gedörrten Zustande in dem Reise- koffer der Wirthschafterin aufgefunden wurden, unmittelbar nach der Geburt getödtet. Die Verbrechen umfassen einen Zeitraum von etwa zehn Jahren. Mit der sensationellen Affäre wird sich bereits das nächste Schwurgericht in Stettin zu beschäftigen haben. — Die Strafkammer in Elberfeld verurtheilte den Polizeisergeanten Murmann wegen Sittlichkeitsverbrechen an Kindern zu 18 Monaten Ge- fängniß. — Vor dem Schwurgericht in Dortmund und Werl wegen Straßenraubes. Sie hatten einen Arbeiter überfallen und ihm mit Gewalt zwei Cocosnüsse, sowie ein Geldtäschchen geraubt, das einen ganzen Pfennig enthielt. Die Angeklagten erhielten schwere Strafen, da die Ge- schwornen nur dem Kaiser mildernde Umstände zubilligten. Dieser wurde zu dreieinhalb Jahren Gefängniß, die beiden Anderen zu je fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehr- verlust verurtheilt. — Nach Mittheilungen in der letzten Sitzung des Löbtauer Gemeinderathes wird der Familien- mörder Kunte, der bekanntlich seine Frau und drei seiner Kinder mit einem Hammer erschlagen hat, wahrscheinlich in etwa 4 Wochen wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Er hat die That offenbar in unzurechnungsfähigem Zustande, einem Anfall von Delirium tremens verübt, ist aber nicht derartig geistesgestört, daß er dauernd in einer Anstalt untergebracht werden müßte. Da Kunte Ausländer ist, dürfte er der Polizeibehörde seines Heimatlandes Böhmen überwiesen werden. Die Meldung, daß auch das vierte Kind, ein elfjähriges Mädchen, seinen Verletzungen erliegen sei, war vollständig irrig; vielmehr versichert der behandelnde Arzt, daß es bleibenden Schaden an seiner Gesundheit nicht davontragen wird. — Vor der Strafkammer in Heidel- berg fand dieser Tage die Verhandlung gegen den Expeditionsgesellen Weipert statt, welcher angeklagt war, am 7. Oktober v. J. das Eisenbahnunglück bei der Station Karlsthor verschuldet zu haben, bei welchem sechs Personen sofort getödtet und ungefähr 80, darunter 38 schwer, ver- letzt wurden. Weipert wurde zu 8 Monaten Gefängniß verur- theilt, auf welche 4 Monate Untersuchungshaft in Auerch- kommen. Er wurde sofort auf freien Fuß gesetzt. — Das oberpfälzische Schwurgericht in Amberg verurtheilte den Brauerer- und Hotelbesitzer Bergmüller aus Regensburg wegen Vergewaltigung und Verführung von fünf minder- jährigen Mädchen zu zweieinhalb Jahren Gefängniß. — Bei der Schneeschmelze, die in den letzten Tagen auch in den Bogenen eingetreten ist, wurden in der Umgegend von Re- miron die Leichen von fünf verschwundenen Personen, die dem Froste zum Opfer gefallen sind, entdeckt. — Wegen Erblichkeitserei wurde der größte Wechselstubenbesitzer von Wien, der Banquier Vogel, verhaftet. Im April vorigen Jahres starb in Wien ein reicher Russe Namens Taubin, der als geiziger Sonderling gelebt hatte. Er hatte Vogel als Universalerben bestimmt und ihm durch Testament mehr als eine Million Kronen hinterlassen. Entfernte Verwandte Taubins kamen darauf nach Wien und ließen Untersuchungen und Erhebungen einleiten, die jetzt zu Vogels Verhaftung führten. — Aus dem überschwemmten Bergwerk in Dol- vier bei Saint Etienne (Frankreich) sind bisher 8 Berg- leute gerettet, es werden nur noch zwei vermißt. — Am 11. März hat vor dem Gerichtshof in Genoa ein Prozeß gegen sieben Anarchisten seinen Abschluß gefunden. Die Angeklagten waren beschuldigt, in den Jahren 1899 und 1900 in Sekri Bonente eine verbrecherische Verbindung ge- bildet zu haben. Es fehlte jeglicher Beweis für die Anklage, die auf ein Phantasiengebäude der Polizei hinauslief. Trotz- dem brachte man es fertig, vier der Angeklagten zu ver- urtheilen, und zwar Esia und Moratti, die verheiratet sind, zu dreißig Monaten Gefängniß, Ferrera und Beletto zu achtzehn Monaten, alle vier zu zwei Jahren Polizeiaufsicht.

Es geht also ganz vorzüglich, auch ohne Ausnahmegefeh. — Die Stadt Cloverport in Kentucky ist vollständig niedergebrannt. Viele Menschen sind hierdurch obdachlos geworden. Der Schaden wird auf mehr als drei Millionen Dollars geschätzt. — Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Newyork gemeldet wird, zündeten drei Neger in Baldwin County, Alabama, aus Rache ein Terpentinelager an, welches 200 Barrels Terpentin enthielt. Bei dem Brande kamen 60 Personen ums Leben.

**Ein gefälliger Armenkommissions-Vorsitzer.** Gelegentlich eines Prozesses vor dem Schöffengericht in Berlin erzählte am Sonnabend ein Rentier Schulze, nebenbei bemerkt, ein 63 Jahre alter verheiratheter und mit sechs erwachsenen Kindern gesegneter Herr, folgende seltsame Mär. Er habe einen Freund, der Armenkommissions-Vor- sitzer sei. Diesen habe er eines Tages gefragt, ob er ihm nicht unter den vielen weiblichen Bekannten, die er doch in seinem Revier haben müsse, eine empfehlen könne, die sich für ein Liebesverhältnis eigne. Der Armenvorsitzer habe ihm darauf die Viktentarte einer hübschen Blondine gegeben mit dem Hinzufügen, daß er selbst zu ihr in näheren Be- ziehungen gestanden habe. Auf Grund dieser Empfehlung habe der Zeuge bei der Frauensperson freundliche Aufnahme gefunden. — „Das sind ja nette Zustände!“ äußerte sich der Gerichtsvorsitzende. Staatsanwalts-Assessor Käß ließ sich vom Zeugen Namen und Wohnung des gefälligen Armen- vorsitzers sagen, machte sich Notizen und erklärte dem Vor- sitzer, daß er dem Magistrat von dem Vorfalle Mit- theilung machen werde. — Es wird abzuwarten sein, wie weit Herr Schulzes Erzählung auf Wahrheit beruht. Nach dem Verlauf des Prozesses ist die Glaubwürdigkeit des Herrn Schulze durchaus nicht eine unbedingte!

**Im zwanzigsten Jahrhundert!** Eine fast unglaub- liche Spulgeschichte hat sich jüngst in dem Dorfe Garz bei Rhinow (Westhavelland) zugetragen. In einer bäuerlichen Familie waren in letzter Zeit vielfach Erkran- kungen vorgekommen; auch das Vieh wurde sehr von Seuchen heimgesucht. Die guten Leute nebst Nachbarn kamen schließlich zu der unumstößlichen Ueberzeugung, daß es im Hause „umgehe“. Um diesen Glauben noch zu kräftigen, begann es überall im Gehöft zu poltern, und die ganze Familie wurde von Angst und Schrecken gepackt. Es wurden „kluge Leute“ im Dorf um Rath gefragt und diese machten auf einen „Doktor“ in Berlin aufmerksam, der denn auch um seine Hilfe angegangen wurde. Der „Netter“ kam mit einem Gehülfen, welcher einen schwarzen Kasten trug, an. Sogleich nahm er alles, Haus, Hof, Vieh zc. sorgsam in Augenschein und machte ein sehr bedenkliches Gesicht, versprach aber alles anzuwenden, um den Spuk zu bannen. Vor allen Dingen mußte er einen Brei kochen, in den drei mal drei Hundert- markscheine gethan werden sollten. Der Bauer schaffte das Papiergeld herbei, das der Zauberer in Stücke riß, um diese dann mitzufochen. Natürlich waren es „Blüthen“, während der „Doktor“ das Geld schnell in den Taschen geborgen hatte. Nachdem der Brei unter den feierlichsten Be- schwörungserformalitäten fertig gebracht war, begann, es, nach der Voraussage des „Zauberers“, in der Küche ungeheuer zu poltern, und die ganze Familie verflocht sich in und unter die Betten, weil der Zauberer jetzt mit dem „bösen Geist“ einen schweren Kampf zu bestehen hatte. Der Geistes- beschwörer blieb Sieger und damit der Spuk dauernd ge- bannt wurde, befrucht der Doktor noch Thüren und Fenster mit dem Brei. Vorher mußte der Bauer aber noch all seinen Speck, Schinken, Würste in einem Sack hinter der Scheune vergraben. Nachdem der Zauberer seine Kunst voll- bracht hatte, verabschiedete er sich. Als der Bauer etwas später den Sack mit den Räucherwaaren holen wollte, waren diese verschwunden! Der geprellte Bauer will jetzt seine Wirthschaft verkaufen.

**Die Verrohung der Jugend.** Aus Halle a. S. wird berichtet: Die goldene Jugend, über deren Ausbreitungen jetzt auch in der bürgerlichen Presse bitter geklagt wird, gab in einer Schöffengerichtssitzung dieser Tage Veranlassung zu recht interessanten Auseinandersetzungen zwischen dem Staatsanwalt Schlütter und dem Rechtsanwalt Dr. Keil. Angeklagt wegen Widerstands und Beleidigung waren der 23jährige stud. jur. Franz Krell, der im sechsten Semester steht, der 27jährige praktische Arzt Dr. Ernst Günther von Leipzig, der 23jährige stud. med. Flovus Ger- hard und der 21jährige stud. med. Walter Wiegand. Die vier Angeklagten waren in der Nacht vom 5. Dezember auf dem sog. Schlamm, in einem Hanje, wo Freudenmädchen wohnen, gewesen und hatten dort mit dem Polizeisergeanten Sommerfeld, der den Prostituirten Ruhe gebieten sollte,

Streit bekommen. Als Krell aufgefordert wurde, Namen zu nennen, warf man den starken kräftigen Bau auf der Straße zu Boden, dann kniete sich Stun- Krell auf ihn, mißhandelte ihn erhe- und versuchte ihm auch noch den Säbe- entziehen. Der Beamte schrie schließlich Hilfe- mußte von Passanten befreit werden. Auf dem Wege- der Wache leistete Krell heftigen Widerstand, wobei ihm Dr. Günther behülflich gewesen sein soll. Der Vorfall- regte damals großes Aufsehen und sogar die konserv- „Halle'sche Zeitung“ konstatarie, daß die Studenten- schreitungen bedeutend zugenommen haben. Krell erst- damals sinnlos betrunken gewesen zu sein und verfrö- hinter dem § 51 des Straf-Gesetzbuchs, indem er in Ben- losigkeit gehandelt haben wollte. Der Staatsanwalt- bedauerte den Erzeß, der um so schwerer zu verurthe- wäre, da er von gebildeten Ständen begangen sei- meinte dann in Beziehung auf das Strafmaß, mit dem- werde von gewisser Seite gesagt: „Man- hätte einmal unsern Leuten passiren solle.“ Er beantragte, die milderen Umstände zu verneinen- Krell zu drei Wochen Gefängniß zu verurtheilen. Der- theidiger entgegnete, wenn sich der Herr Staatsanwalt- die öffentliche Meinung berufe, so sei Gott- Dank zu konstatiren, daß der preussische Richt- stand viel zu erhaben ist, sich durch die öffentl- Meinung, mag sie von unten oder oben komme- beeinflussen zu lassen. Was die Zeitungen schreiben, fö- dem Richterstand ganz egal sein. Das Gericht verurthe- Krell zu 14 Tagen Gefängniß, 25 Mk. Geldstrafe event- noch 5 Tage Gefängniß und Dr. Günther zu 100 Mk. Ge- strafe event. 10 Tage Gefängniß. Die andern beiden An- klagten wurden freigesprochen.

**Die Baubert'sche Cigarrentafel hat bereits** während der Sitzung des weimari'schen Landtages am Mittwoch wurde dem Abgeordneten dadurch eine Ueber- raschung bereitet, daß der zweite Vizepräsident Müller plö- tlich mit einer Wahlurne erschien und sie auf den Tisch- des Hauses niederlegte. Die Neuerung wurde von der Bank- mit bezeichnendem Lächeln, von der Rechten mit schweigende- Ernst ausgenommen. Die Anschaffung dieser Urne zeigt re- deutlich, wie auch Landtagsbeschlüsse oft von sehr kurz- Dauer sind. Kaum vierzehn Tage sind vergangen, seit dem- Landtag mit erdrückender Mehrheit der Rechten die An- schaffung einer Wahlurne ablehnte und nun — die Urne be- hält wieder einmal recht! Vielleicht geht es mit der An- legung des Landtagswahlgesetzes ebenso.

**Künstliche Färbung der Blutorangen.** Durch die- Blätter ging vor einiger Zeit das Gerücht, ein große- Theil der aus Italien kommenden Blutorangen sei künstlich- gefärbt. Um zu prüfen, ob etwas Wahres an dem Gerücht- wäre, haben sich, wie „Prometheus“ mittheilt, Hum und- Middo eingehend mit der künstlichen Färbung von Orangen- experimentell beschäftigt. Das Prinzip aller ihrer Versuche- besteht darin, daß Lösungen rother Farbstoffe in ge- wöhnliche Apfelsinen injiziert werden. Das Resultat war- bei allen Injektionen, daß niemals eine gleichmäßig die- ganze Orange durchziehende Blutfärbung erzielt wurde. Wurde der Farbstoff an einer beliebigen Stelle der Schale- eingeführt, so erzeugte er nur einen runden blutrothen Fleck- an dem Fruchtkern. Führte man die Farbstofflösung an- einem der beiden Pole der Orange ein, so färbten sich nur- jene weißen Stränge, die sich in der Achse der Apfelsine- von Pol zu Pol ziehen, und höchstens einige unbedeutende- Komplexen an den einzelnen Apfelsinenschnitten. Auf Grund- dieser Untersuchungen stellen die genannten Nahrungsmittel- chemiker die Behauptung auf, daß die künstliche Färbung von- Blutorangen vor der Hand nicht möglich sei. Freilich- könnte man noch daran denken, daß der gejamte Orangen- baum, während die Früchte noch an seinen Zweigen- hängen, mit Farbstofflösungen begossen würde, die dann- von den Wurzeln aufsteigt, bis ins Fruchtfleisch gelangen. Indessen würde ein derartiges Verfahren wohl ernstlich eine- schwere Schädigung der Orangenbäume nach sich ziehen; so- dann aber würden die meisten Farbstoffe auf dem weiten- Wege von der Wurzel bis zur Frucht sich lange, bevor sie- ihren Bestimmungsort erreicht hätten, in anderen Geweben- des Pflanzenkörpers niederschlagen.

**Sternschanz-Viehmarkt** am 18. März  
Der Schweinehandel verlief ziemlich ruhig.  
Kühe 250 Stück, davon vom Norden — vom  
Süden — 54 — 55 Stück. Gerauschweine — 117.  
Schaf 54 — 55 Stück. Lämmer 53 — 54 Stück. Sauen 48 53 Stück und  
F 47 — 52 Stück.

Abenden an dem Fenster ihres Konferenzzimmers, das auf die alte Balkontreppe hinausging, und wunderten sich (doch war dies gewöhnlich nur, wenn die Wirthin saßen, wo überhäufte Geschäfte sie sentimental machten) über die Thorheit der Menschenkinder, die nicht immer in Frieden miteinander leben und ihren Streit gemächlich vor Gericht anzufechten konnten. Hier jungen Tage, Wochen, Monate und Jahre über ihnen hin: und ihr Gerichtskalender, die allmählich abnehmende Zahl der messingenen Riegel in den Leberpfählen und die anwachsende Last von Papieren auf dem Tisch legten allein Zeugniß davon ab. Hier hatten jaft drei seit dem Früh- rind im Obsequenz verflochtenen Jahre die einen vermindert und die anderen angeschwollen, als sie eines Abends in Kon- ferenz beisammensaßen.  
Nicht allein, sondern mit einem Manne von etwa dreißig Jahren, nachlässig angezogen und etwas schmal im Gesicht, aber sonst wohlgebaut, wohlgekleidet und von hübschem Aus- sehen. Er saß in dem Staatslehnsstuhl, die eine Hand in der Weste des Rockes, die andere in dem ungeordneten Haar, in trüben Rauchwolken verfangen. Snitchey und Cragg's saßen sich gegenüber an einem Tische daneben. Eine von den feinsten Lippen stand offen auf demselben; ein Theil ihres Zahnlächels lag auf dem Tisch ausgebreitet, während der Rest durch die Hand des Snitchey's ging, der ein Dokument nach dem andern aus's Licht hielt, jedes Papier einzeln an- sehend, dabei den Kopf schüttelte und es Mr. Cragg's hin- wies, wo es ebenfalls anjah und der Kopf schüttelte. In- wieweit der Herr ein Bauer, schüttelten Beide den Kopf und saßen ihren in Gedanken verfangenen Klienten an; und da auf der Höhe stand: Michael Warden Esquire, so dürfen wir uns allen diesen schätzen, daß Name und Spitz ihm gehörten und daß die Angliziererin Michael Warden's, Esquire, nicht zum Besten standen.

„Das ist Alles,“ sagte Mr. Snitchey, und legte das letzte Papier hin. „Ich sehe keine Hilfe weiter. Keine Hilfe weiter.“  
„Alles verloren, vergeudet, verpfändet, aufgeborgt und verkauft?“ jagte der Klient und blickte auf.  
„Alles,“ erwiderte Mr. Snitchey.  
„Sagt nichts zu thun, sagen Sie?“  
„Durchaus nichts,“ war die Antwort des Advokaten.  
Der Klient kauerte an den Riegeln und verlor wieder in sein altes Brüten.  
„Und sogar meine persönliche Sicherheit ist gefährdet, meinen Sie!“ frag er nach einer Weile wieder an.  
„In jedem Theil der vereinigten Königreiche Groß- britannien und Irland,“ entgegnete Mr. Snitchey.  
„Also bloß ein verlorener Sohn, der zu keinem Vater mehr zurückkehren kann, keine Schweine zu hüten hat und keine Trebern mit ihnen theilen kann?“ fuhr der Klient fort, indem er ein Bein über dem andern wiegte, und zu Boden blickte.  
Mr. Snitchey haßte, als wolle er die Zumuthung zurückweisen, an irgend einer allegorischen Darstellung eines Rechtsverhältnisses theilzunehmen. Mr. Cragg's haßte eben- des, das es solle er zu erkennen geben, daß dieses die Ansicht  
„In Grande gerichtet mit dreißig Jahren,“ sagte der Klient.  
„Hut!“  
„Nicht in Grande gerichtet, Mr. Warden,“ entgegnete Snitchey. „So schlimm ist es noch nicht. Sie haben zwar Ihr Möglichstes gethan, das muß ich sagen, aber Sie sind nicht in Grande gerichtet. Ein wenig Einschränkung —“  
„Im Tausel mit der Einschränkung,“ sagte der Klient.  
„Mr. Cragg, wollen Sie mir eine Priße erlauben?“  
„Ich danke Ihnen.“

Als der gelassene Advokat die Priße allem Anschein nach mit großem Gusto und ganz in den Genuß vertieft in die Nase steckte, verzog sich das Gesicht des Klienten allmählich zu einem Lächeln und er sprach:  
„Sie sprechen von Einschränkung. Wie lange?“  
„Wie lange?“ wiederholte Snitchey, indem er sich den Tabak von den Fingern schnippte und in Gedanken zu rechnen schien. In guten Händen — sagen wir in Snitchey's und Cragg's Namen — sechs oder sieben Jahre.  
„Sechs oder sieben Jahre hungern!“ sagte der Klient mit ärgerlichem Lachen und ungeduldig auf dem Stuhle hin und her rüdend.  
„Sechs oder sieben Jahre zu hungern, Mr. Warden, wäre allerdings etwas Ungewöhnliches,“ sagte Snitchey. „Sie könnten unter der Zeit schon dadurch, daß Sie sich sehen lassen, ein neues Grundstück verdienen. Aber wir glauben nicht, daß Sie es thun könnten, und rathen es Ihnen daher auch nicht.“  
„Was rathen sie mir denn?“  
„Einschränkung,“ wiederholte Snitchey. „Ein paar Jahre Einschränkung unter unserer Aufsicht würde es wieder frei machen. Aber dann müßten Sie im Auslande leben. Was das Hungern betrifft, so könnten wir Ihnen selbst jetzt schon ein paar hundert Pfund jährlich geben, Mr. Warden.“  
„Ein paar hundert Pfund?“ sagte der Klient. Und ich habe Tausende verbrannt!  
Daran, entgegnete Mr. Snitchey und legte die Papiere bedächtig wieder in den eisernen Kasten, daran läßt sich gar nicht zweifeln. Gar nicht zweifeln, wiederholte er langsam, während er seine Beschäftigung nachdenklich fortsetzte.